

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2002/C 102/01	Euro-Wechselkurs	1
2002/C 102/02	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	2
2002/C 102/03	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	4
2002/C 102/04	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	6
2002/C 102/05	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	8
2002/C 102/06	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	10
2002/C 102/07	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	12
2002/C 102/08	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 8 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2082/92 des Rates über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln	14

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2002/C 102/09	Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel	16
2002/C 102/10	Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ⁽¹⁾	18
2002/C 102/11	Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ⁽¹⁾	19
2002/C 102/12	Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ⁽¹⁾	20
2002/C 102/13	Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ⁽¹⁾	21
2002/C 102/14	Staatliche Beihilfe — Vereinigtes Königreich — Beihilfe C 13/02 (ex N 27/02) — Stempelsteuerbefreiung für gewerbliches Eigentum in benachteiligten Gebieten — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	22
2002/C 102/15	Staatliche Beihilfe — Frankreich — Beihilfe C 24/02 (ex N 635/01) — „La Française de mécanique SA“ — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	28

II Vorbereitende Rechtsakte

.....

III Bekanntmachungen

Kommission

2002/C 102/16	Aufruf zur Einreichung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung der Tätigkeiten europäischer Verbraucherorganisationen im Jahr 2003 gemäss Artikel 2 Buchstabe b) des Beschlusses Nr. 283/1999/EG	33
2002/C 102/17	Begleitmaßnahmen im Rahmen des LIFE-Programms (LIFE-Natur): „Starter“ und „Co-op“ — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	35
2002/C 102/18	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (Verhütung von Folter und Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern), veröffentlicht von der Europäischen Kommission	36

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**26. April 2002**

(2002/C 102/01)

1 Euro	=	7,4336	Dänische Kronen
	=	9,231	Schwedische Kronen
	=	0,6177	Pfund Sterling
	=	0,8971	US-Dollar
	=	1,4034	Kanadische Dollar
	=	115,22	Yen
	=	1,4644	Schweizer Franken
	=	7,5745	Norwegische Kronen
	=	83,83	Isländische Kronen ⁽²⁾
	=	1,6507	Australische Dollar
	=	1,9965	Neuseeland-Dollar
	=	9,6348	Rand ⁽²⁾

⁽¹⁾ *Quelle:* Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ *Quelle:* Kommission.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/02)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 88/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedsstaats

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural

Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa

Tel. (351) 213 18 43 00

Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda

2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz

Tel. (351) 268 32 30 21

Fax (351) 268 32 30 21

2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

(Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2):

4.1 **Name:** Chouriço de Carne de Estremoz e Borba.

4.2 **Beschreibung:** Räucherwurst aus Fleisch (Bauch, Schulter und Nacken) und Speck von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen), gewürfelt in weniger als 3 Zentimeter große Stückchen, mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste und trockenen ungekeimten Knoblauchzehen. Als Wursthülle wird natürlicher Schweinedarm (Dünndarm) verwendet, der zuvor in einer Lake aus Wasser, Salz und Essig gewässert wurde. Die Wurst ist hufeisenförmig, 20 bis 30 cm lang und 2 bis 3 cm dick, von schwarzroter Farbe, matt und nicht ganz glatt und von halbweicher Konsistenz; die Wursthülle ist rissfrei, vollständig mit Wurstmasse gefüllt und gut anhaftend, mit rot-weißem Baumwollfaden gewickelt und an beiden Enden mit einfachen Knoten abgebunden. Im Anschnitt rötlich, die Masse einwandfrei gebunden mit unregelmäßiger Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fettdurchzogen. Der Speck ist weißlich-perlmutterfarben. Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis von süß und salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig faserige, angemessen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-hows ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Die Chouriço de Carne de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet die Chouriço de Carne de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Chouriço de Carne de Estremoz e Borba wird aus zerkleinertem Bauch-, Nacken- und Schulterfleisch von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt, wobei der Anteil an Speck 30 % nicht übersteigen darf. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke wird unter Hinzufügen der übrigen Zutaten die so genannte Wurstmasse fabriziert. Nach Zubereitung der Stücke und Zugabe der Gewürze folgt der Prozess des Reifens, Abfüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
- Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
- Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34 1º esq, P-7000-900 Évora
- 4.8 **Etikettierung:** vorgeschriebene Angabe: Chouriço de Carne de Estremoz e Borba — geografische Angabe. Versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Chouriço de Carne de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00159/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/03)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 89/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedsstaates

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural
Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa
Tel. (351) 213 18 43 00
Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda
2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz
Tel. (351) 268 32 30 21
Fax (351) 268 32 30 21
2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) Sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2:

4.1 **Name:** Chouriço Grosso de Estremoz e Borba

4.2 **Beschreibung:** Räucherwurst aus Fleisch (Bauch, Schulter, Nacken und Schlegel) und Speck von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen), gewürfelt in weniger als 4 cm große Stückchen, mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste und trockenen ungekeimten Knoblauchzehen. Als Wursthülle wird natürlicher Schweinedarm (Dünndarm) verwendet, der zuvor in einer Lake aus Wasser, Salz und Essig gewässert wurde. Die Wurst ist zylindrisch, 15 bis 25 cm lang und 5 bis 8 cm dick, von rötlich-schwarzer Farbe, leicht glänzend und glatt, von halbweicher Konsistenz; die Wursthülle ist rissfrei, vollständig mit Wurstmasse gefüllt und gut anhaftend, mit rot-weißem Baumwollfaden gewickelt und an beiden Enden mit einfachen Knoten abgebunden. Im Anschnitt rötlich, die Masse einwandfrei gebunden mit unregelmäßiger Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fettdurchzogen („Fettaugen“). Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis süß/salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig faserig, angemessen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-how ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Die Chouriço Grosso de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet die Chouriço Grosso de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Chouriço Grosso de Estremoz e Borba wird aus zerkleinertem Bauch-, Schulter-, Nacken- und Schlegelfleisch von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt, wobei der Speckanteil 30 % nicht übersteigen darf. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke wird unter Hinzufügen der übrigen Zutaten die so genannte Würstmasse fabriziert. Nach Zubereitung der Stücke und Zugabe der Gewürze folgt der Prozess des Reifens, Abfüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
- Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
- Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34 1º esq, P-7000-900 Évora.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: Chouriço Grosso de Estremoz e Borba — geografische Angabe, versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Chouriço Grosso de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00163/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/04)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 91/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedstaates

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural
Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa
Tel. (351) 213 18 43 00
Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda
2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz
Tel. (351) 268 32 30 21
Fax (351) 268 32 30 21.
2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) Sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

(Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2):

4.1 **Name:** Morcela de Estremoz e Borba.

4.2 **Beschreibung:** Räucherwurst aus Fleisch und Speck von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen), gewürfelt in weniger als 3 cm großen Stückchen, mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste, trockenen ungekeimten Knoblauchzehen, Blut und Gewürznelken. Weitere mögliche Zutaten sind Kümmel, Wein und Pfeffer. Als Wursthülle wird natürlicher Schweinedarm (Dünndarm) verwendet, der zuvor in einer Lake aus Wasser, Salz und Essig gewässert wurde. Die Wurst ist hufeisenförmig, 20 bis 35 cm lang und 2 bis 4 cm dick, von schwarzer Farbe, matt und nicht ganz glatt und von halbwelcher Konsistenz; die Wursthülle ist rissfrei, vollständig mit Wurstmasse gefüllt und gut anhaftend, mit rot-weißem Baumwollfaden gewickelt und an beiden Enden mit einfachen Knoten abgebunden. Im Anschnitt dunkelrot, die Masse einwandfrei gebunden mit unregelmäßiger Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fettdurchzogen. Der Speck ist von rötlicher Farbe. Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis süß/salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig faserig, angemessen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-how ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Die Morcela de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Als Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet die Morcela de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Morcela de Estremoz e Borba wird aus zerkleinerten Backen und blutigem Fleisch von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke wird unter Hinzufügen der übrigen Zutaten die so genannte Wurstmasse fabriziert. Nach Zubereitung der Stücke und Zugabe der Gewürze folgt der Prozess des Reifens, Abfüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsimbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
- Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
- Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34 1º esq, P-7000-900 Évora.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: Morcela de Estremoz e Borba — geografische Angabe. Versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Morcela de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00162/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/05)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 92/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedsstaates

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural
Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa
Tel. (351) 213 18 43 00
Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda
2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz
Tel. (351) 268 32 30 21
Fax (351) 268 32 30 21
2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) Sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

(Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2):

4.1 **Name:** Paia de Lombo de Estremoz e Borba.

4.2 **Beschreibung:** Räucherfleisch aus dem in Anhang II gezeichneten geografischen Gebiet, hergestellt aus ganzen Lendenstücken von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen) und bis zu maximal 10 % Speck, mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste und trockenen ungekeimten Knoblauchzehen. Als Hülle wird die so genannte „Flomenhaut“ verwendet, d. h. seröse Häute (Rippen- und Bauchfell), die zuvor in einer Mischung aus Wasser, Salz, Paprikapaste und Knoblauch gewässert wurden. Die Fleischware ist walzenförmig mit einer Länge von 20 bis 45 cm und einem Durchmesser zwischen 6 und 10 cm, von rotschwarzer Farbe und glattem, mattem Äußeren und halbfester Konsistenz; die Hülle ist rissfrei, vollständig mit Masse gefüllt und gut anhaftend, gefüllt gekocht, mit weiß-rotem Baumwollfaden längs doppelt und quer in Abständen von 3 cm umwickelt. Im Anschnitt rot und weiß, eingeteilt wie das Verkehrszeichen „Einfahrt verboten“. Die Masse ist einwandfrei gebunden, mit klarer Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fettdurchzogen; das Fett ist weiß/perlmutterfarben. Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis süß/salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig fasrige, angemessenen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-how ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Das Paia de Lombo de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet das Paia de Lombo de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Das Paia de Lombo de Estremoz e Borba wird durch Verarbeitung ganzer Lendenstücke von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt, mit möglicher Beimengung von maximal 10 % Speck. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke werden die übrigen Zutaten hinzugefügt. Nach Zubereitung des Stückes und Zugabe der Gewürze reift das Fleisch für rund zwei Tage und wird dann längs in zwei gleiche Hälften geteilt. Diese beiden Hälften werden dann mit einer Schicht Speck in der Mitte wieder aufeinandergelegt. Nachdem so die typische Form hergestellt ist, folgt der Prozess des Umhüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsimbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34 1º esq, P-7000-900 Évora.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: Paia de Lombo de Estremoz e Borba — geografische Angabe. Versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Paia de Lombo de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00161/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/06)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 93/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedsstaates

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural

Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa

Tel. (351) 213 18 43 00

Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda

2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz

Tel. (351) 268 32 30 21

Fax (351) 268 32 30 21.

2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) Sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2:

4.1 **Name:** Paia de Toucinho de Estremoz e Borba.

4.2 **Beschreibung:** Räucherfleisch aus dem in Anhang II bezeichneten geografischen Gebiet, hergestellt aus ganzen Bauchfleischstücken von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen) mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste und trockenen ungekeimten Knoblauchzehen. Als Hülle wird die sogenannte „Flomenhaut“ verwendet, d. h. seröse Häute (Rippen- und Bauchfell), die zuvor in einer Mischung aus Wasser, Salz, Paprikapaste und Knoblauch gewässert wurden. Die Fleischware ist walzenförmig mit einer Länge von 20 bis 45 cm und einem Durchmesser zwischen 6 und 15 cm, von hellbrauner Farbe und glattem, glänzenden Äußeren und halbfester Konsistenz; die Hülle ist rissfrei, vollständig mit Masse gefüllt und gut anhaftend, gefüllt gekocht, mit weiß-rottem Baumwollfaden längs doppelt und quer in Abständen von 3 cm umwickelt. Im Anschnitt überwiegend weiß (Speck), von einer dunklen Spirale (Schnecke) durchzogen (Bauchfleisch). Die Masse ist einwandfrei gebunden, mit klarer Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fettdurchzogen; das Fett ist weiß. Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis süß/salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig faserig, angemessen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-how ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Das Paia de Toucinho de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet das Paia de Toucinho de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Das Paia de Toucinho de Estremoz e Borba wird durch Verarbeitung ganzer Bauchfleischstücke von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt, mit einem Mindestanteil von 50 % Speck. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke werden die übrigen Zutaten hinzugefügt. Nach Zubereitung des Stückes und Zugabe der Gewürze reift das Fleisch und wird dann aufgerollt, so dass das Fleisch die Form einer Schnecke oder Spirale annimmt. Anschließend folgt der Prozess des Umhüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34, 1º esq, P-7000-900 Évora.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: Paia de Toucinho de Estremoz e Borba — geografische Angabe, versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Paia de Toucinho de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00156/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/07)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. () g.g.A. (x)

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 94/00

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedsstaats

Name: Direcção-Geral do Desenvolvimento Rural
Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa
Tel. (351) 213 18 43 00
Fax (351) 213 52 13 46.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Apetal — Agrupamento de Produtores de Enchidos Tradicionais do Alentejo, Lda
2.2 Anschrift: Rossio Marquês de Pombal, n.º 64-2º D, P-7100-513 Estremoz
Tel. (351) 268 32 30 21
Fax (351) 268 32 30 21.
2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x) sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.2 — Fleischerzeugnisse.

4. Spezifikation

(Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2):

4.1 **Name:** Paio de Estremoz e Borba

4.2 **Beschreibung:** Räucherwurst aus Fleisch (Bauch, Nacken und Schlögel) und Speck von Schweinen der Alentejano-Rasse (Eber und Zuchtsauen ausgenommen), gewürfelt in weniger als 5 cm große Stückchen, mit Zugabe von Salz, Wasser, Paprikapaste und getrockneten ungekeimten Knoblauchzehen. Als Wursthülle wird Schweinedarm (Blinddarm), der sogenannte „Paio“ verwendet, der zuvor in einer Lake aus Wasser, Salz und Essig gewässert wurde. Die Wurst ist rund, 10 bis 25 cm lang und 8 bis 15 cm dick, von rötlich-schwarzer Farbe, matt und nicht ganz glatt und von halbfester Konsistenz; die Wursthülle ist rissfrei, vollständig mit Wurstmasse gefüllt und gut anhaftend, mit rot-weißem Baumwollfaden abgebunden und mit besagtem Faden längs doppelt und quer in Abständen von 3 cm umwickelt. Im Anschnitt rötlich, die Masse einwandfrei gebunden mit unregelmäßiger Verteilung von Fleisch und Speck, unterschiedlich marmoriert, glänzend und fett-durchzogen. Der Speck ist weisslich-perlmutterfarben. Aroma und Geschmack sind angenehm und weich; Knoblauch- und Rauchgeschmack mit ausgewogenem Verhältnis süß/salzig. Aromatischer Speck mit angenehmem Geschmack. Wenig faserig, angemessen weiche Konsistenz.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Angesichts der besonderen Art der Herstellung dieser Erzeugnisse, der organoleptischen Merkmale und des einheimischen Know-hows ist das geografische Gebiet der Verarbeitung natürlicherweise beschränkt auf die Bezirke Alandroal, Borba, Estremoz und Vila Vicosa.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Paio de Estremoz e Borba darf nur von ordentlich zugelassenen Verarbeitungsbetrieben in dem genannten Verarbeitungsgebiet hergestellt werden. Die Rohware stammt von Schweinen der Alentejano-Rasse aus landwirtschaftlichen Betrieben, die über Stein- oder Korkeichenwälder verfügen, in denen eine extensive bis semi-extensive Viehzucht überwiegend im Freien möglich ist. Die traditionellen Erzeugnisse, zu denen die Schweine der Alentejano-Rasse verarbeitet werden, erobern eine zunehmende Anzahl von Verbrauchern, die ihr Interesse für hochwertige Erzeugnisse wiederentdeckt haben und heute das Beste aus jeder Region verlangen. Ergebnis überlieferter Traditionen, bietet die Paio de Estremoz e Borba mit seinen ganz eigenen Merkmalen einen einzigartigen und feinen Geschmack.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Paio de Estremoz e Borba wird aus zerkleinertem Bauch-, Schulter-, Nacken- und Schlögelfleisch von Schweinen der Alentejano-Rasse hergestellt, wobei der Speckanteil 30 % nicht übersteigen darf. Nach Auswahl und Zuschneiden der Stücke wird unter Hinzufügen der übrigen Zutaten die so genannte Wurstmasse fabriziert. Nach Zubereitung der Stücke und Zugabe der Gewürze folgt der Prozeß des Reifens, Abfüllens, Abbindens und Räucherns mit besonderem Holz der Region (Steineiche).
- 4.6 **Zusammenhang:** Die Schweinezucht war im Alentejo schon immer zweites Standbein für die Ernährung, als Ergänzung und Ausgleich in schlechten Erntejahren. Die Tiere lieferten die Zutaten für verschiedene Frischfleischgerichte und die beliebten saftigen Würste. Diese Würste waren lange Zeit der typische Mittagsimbiss der Landarbeiter. Dies hing hauptsächlich damit zusammen, dass sie sich leicht transportieren ließen und den verschiedensten Temperaturen widerstanden, ohne zu verderben. Früher wie heute kommt Schweinefleisch zweifellos eine ganz besondere wirtschaftliche und soziale Bedeutung zu; aus der Rohware — dem Fleisch des alentejanischen Schweins — werden die Würste der Region Estremoz und Borba mit ihrem unverkennbaren Geschmack hergestellt.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
Name: Certialentejo — Certificação de Produtos Agrícolas, Lda
Anschrift: Av.^a General Humberto Delgado, n.º 34 1º esq, P-7000-900 Évora.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: Paio de Estremoz e Borba — geografische Angabe. Versehen mit einer ordnungsgemäß nummerierten Kontrollmarke, auf der der Name des Erzeugnisses und der Name der Kontrolleinrichtung angegeben sind.
- 4.9 **Etwaige einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 9080/2000, veröffentlicht im *Diário da República* Nr. 102, Reihe II vom 3. Mai 2000, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale von Paio de Estremoz e Borba sowie Festlegung des geografischen Verarbeitungsgebiets.

EG-Nummer: PT/00164/2000.09.14.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 8 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 2082/92 des Rates über Bescheinigungen besonderer Merkmale von Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln

(2002/C 102/08)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß den Artikeln 8 und 9 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von fünf Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2082/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß den nachstehenden Ziffern 4.2, 4.3 und 4.4 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2082/92 DES RATES

ANTRAG AUF EINTRAGUNG EINER BESCHEINIGUNG BESONDERER MERKMALE

Nationale Registriernummer: —

1. Zuständige Behörde

Name: Maa- ja metsätalousministeriö — MAO/Maaseutu- ja rakenneyskikkö (Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Abteilung Landwirtschaft, Referat Entwicklung des ländlichen Raums und Strukturpolitik)

Anschrift: PL 30, FIN-00023 Valtioneuvosto

Telefon (358-9) 160 29 01

Fax (358-9) 160 91 66.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Pohjois-Karjalan Maaseutukeskus/Maa- ja kotitalousnaisten piirikeskus (Nordkarelisches Siedlungszentrum, Bezirkszentrum der Land- und Hausfrauen)

2.2 Anschrift: PL 5 (Koskikatu 11 C), FIN-80101 Joensuu

Telefon (358-13) 611 33 45

Fax (358-13) 611 33 99.

2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter () Sonstige (x).

3. Art des Erzeugnisses: Backwaren.

4. Zusammenfassung der Spezifikation

(Zusammenfassung der in Artikel 6 Absatz 2 genannten Bedingungen):

4.1 **Name:** Karjalanpiirakka.

4.2 **Besondere Herstellungs- oder Zubereitungsverfahren:** Die Zubereitung der Karjalanpiirakka beginnt mit der Herstellung der Füllung. Bei der Füllung handelt es sich im Allgemeinen um einen auf Gerstengraupen oder Reis gekochten Brei oder um Kartoffelpüree. Statt dessen kann man auch gekochtes, zerstampftes Gemüse verwenden (zum Beispiel Kohlrüben, Mohrrüben, weiße Rüben, gedünsteten Kohl oder Pilze). Der Teigmantel wird aus Wasser, Salz und Roggen- oder Weizenmehl hergestellt. Der Teig wird zu möglichst dünnen, beinahe transparenten, runden Piroggenhüllen ausgerollt. Der Teig muss so dünn sein, damit die Karjalanpiirakka schön knusprig wird. Die Teigränder werden über der Füllung zusammengefaltet. Die Piroggen werden im Backofen bei starker Hitze (bei etwa 250—300 °C) 15—20 Minuten lang gebacken. Die kurze Backzeit und die hohe Temperatur sorgen dafür, dass das Erzeugnis saftig bleibt.

Für die Füllung wird 1 Liter (1 kg) Wasser oder Milch zum Kochen gebracht; anschließend werden 2 dl (180 g) Reiskörner oder Gerstengraupen hinzugegeben. Reisbrei wird 30—60 Minuten gekocht, Gerstenbrei noch länger. Für den Teig kommen auf 200 g Wasser etwa 275—350 g Mehl.

Die gebackenen Piroggen werden oft sofort nach dem Backen oder beim Aufwärmen mit Fett bestrichen. Als Aufstrich werden Butter, Öl oder Mischungen aus Butter oder Öl mit Wasser oder Milch, manchmal auch mit Ei, verwendet.

- 4.3 **Traditioneller Charakter:** Die Zubereitung der Karjalanpiirakka beruht auf der traditionellen Zusammenstellung und Verarbeitung der Zutaten. Hinweise auf traditionelle, piroggenähnliche Backwaren, die aus einer Kruste und einer Füllung bestehen, sind aus einem Gebiet überliefert, das sich von Karelien bis hin nach Sibirien und nach China erstreckt. Karelien bildet das Grenzgebiet dieses „Piroggürtels“. Die Bezeichnung Karjalanpiirakka setzte sich für den ovalen, offenen Pirogentyp (einen von mehreren in Karelien üblichen Pirogentypen) durch, als dieser über Karelien hinaus Verbreitung fand.

Die Karjalanpiirakka verbreitete sich im 17. und 18. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Ostfinnland. Von dort aus brachten karelische Siedler die Karjalanpiirakka in alle Regionen Finnlands und sogar bis nach Schweden. Die älteste überlieferte schriftliche Erwähnung der Karjalanpiirakka stammt aus dem Jahre 1686.

- 4.4 **Beschreibung des Erzeugnisses:** Die Karjalanpiirakka ist eine offene, kleine, flache Pirogge, die aus einer dünnen Kruste und einer Füllung besteht. Eine Karjalanpiirakka ist normalerweise 7—20 cm lang. Die Karjalanpiirakka ist meistens oval, kann aber auch rund sein. Die Kruste ist nach oben hin offen. Die Teigländer sind über der Füllung zusammengefaltet. Die Karjalanpiirakka hat eine knusprige Kruste. Die Kruste macht normalerweise ein Drittel der Pirogge aus, die Füllung zwei Drittel.
- 4.5 **Mindestanforderungen und Verfahren für die Kontrolle der besonderen Merkmale:** Während der Zubereitungsphase wird in der Produktionsanlage sichergestellt, dass der Teig für die Kruste wie unter Punkt 4.2 beschrieben zu möglichst dünnen, runden oder ovalen Teigstücken mit einem Durchmesser von etwa 10—24 cm ausgerollt und die Füllung anschließend so auf die Teigstücke gegeben wird, dass am Rand 1—2 cm frei bleiben und dass die Pirogge nach oben hin offen bleibt. Dies sind die wesentlichen Merkmale des traditionellen Herstellungsverfahrens.

Während der Zubereitungsphase wird in der Produktionsanlage sichergestellt, dass die Piroggen wie unter Punkt 4.2. beschrieben bei einer Temperatur von 250—300 °C 15—20 Minuten lang gebacken werden, so dass die hohe Temperatur und die kurze Backzeit für eine knusprige Kruste sorgen und dadurch den Geschmack der Karjalanpiirakka mit prägen.

In der Herstellungs- und Vermarktungsphase werden Proben des Fertigproduktes genommen, um (unter Einsatz amtlicher Standardverfahren wie z. B. ISO oder IDF/FIL) die organoleptischen und chemischen Eigenschaften zu bewerten und anhand des Bakteriengehalts die mikrobiologischen Eigenschaften zu ermitteln.

5. Dem Erzeugnis vorbehaltener Name nach Artikel 13 Absatz 2: Ja.

EG-Nr.: S/FI/00015/98.09.21.

Eingangsdatum der vollständigen Unterlagen: 9. Februar 2001.

Veröffentlichung des Antrags auf Registrierung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel

(2002/C 102/09)

Diese Veröffentlichung eröffnet gemäß Artikel 7 der genannten Verordnung die Möglichkeit, Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss durch die zuständige Behörde des Mitgliedstaats innerhalb von sechs Monaten nach dieser Veröffentlichung übermittelt werden. Zur Rechtfertigung des Antrags im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 ist die Veröffentlichung insbesondere gemäß nachstehender Ziffer 4.6 zu begründen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2081/92 DES RATES

EINTRAGUNGSANTRAG: ARTIKEL 5

g.U. (x) g.g.A. ()

Einzelstaatliche Nummer des Dossiers: 45/99

1. Zuständige Dienststelle des Mitgliedstaats

Name: Direcção Geral do Desenvolvimento Rural
Anschrift: Av. Defensores de Chaves, n.º 6, P-1049-063 Lisboa
Tel. (351) 213 18 43 82
Fax (351) 213 53 58 72.

2. Antragstellende Vereinigung

2.1 Name: Associação Nacional de Produtores de Pêra Rocha
2.2 Anschrift: Av. dos Bombeiros Voluntários, 44-1º, P-2550 Cadaval
Tel. (351) 262 69 11 55
Fax (351) 262 69 56 44
2.3 Zusammensetzung: Erzeuger/Verarbeiter (x), Sonstige ().

3. Art des Erzeugnisses: Klasse 1.6 — Obst.

4. Spezifikation

(Zusammenfassung der Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 2):

4.1 **Name:** Pêra Rocha do Oeste.

4.2 **Beschreibung:** Die Pêra Rocha do Oeste ist die Frucht der Birnbaumsorte „Rocha“, die in der Region Oeste, d. h. ganz im Westen, geerntet wird. Die Sorte „Rocha“ gehört zur Familie der Rosaceae, Unterfamilie Pomoideae, Gattung Pyrus und Art Pyrus communis L. Es handelt sich um eine portugiesische Sorte, die vor ca. 150 Jahren durch Zufallsvermehrung im Kreis Sintra erzeugt wurde und im Westen ihre idealen Wachstumsbedingungen findet. Die in der Region Oeste produzierten Früchte des Birnbaums „Rocha“ sind rundlich-oval, rundlich-birnenförmig oder länglich-birnenförmig; typische, unten zusammenlaufende Berostung, die sich unregelmäßig über die ganze Oberfläche zieht, meist verstärkt am Stielansatz; von hellgelber Farbe, auf der der Sonne zugewandten Seite mitunter leicht rosa; deutliche rostfarbene Schalenpunkte; Kelchgrube fast immer fehlend. Erntezeit ist August. Das Fruchtfleisch der Pêra Rocha do Oeste ist weiß, weichschmelzend, körnig, süß, ohne Säure, sehr saftig und leicht duftend.

- 4.3 **Geografisches Gebiet:** Eingedenk der klimatischen Voraussetzungen für den Anbau der Pêra Rocha do Oeste — des besonderen Mikroklimas der Region, des Know-hows der Bevölkerung und der gleichbleibenden, redlichen örtlichen Anbaumethoden beschränkt sich das geografische Gebiet auf die Kreise Sintra, Mafra, Arruda dos Vinhos, Sobral de Monte Agraço, Alenquer, Vila Franca de Xira, Azambuja, Torres Vedras, Cartaxo, Lourinhã, Bombarral, Cadaval, Santarém, Rio Maior, Peniche, Óbidos, Caldas da Rainha, Torres Novas, Alcanena, Alcobaça, Nazaré, Porto de Mós, Batalha, Tomar, Ferreira do Zêzere, Vila Nova de Ourém, Leiria, Marinha Grande und Pombal.
- 4.4 **Ursprungsnachweis:** Neben den Merkmalen des Erzeugnisses, die eindeutig mit dem natürlichen Umfeld seines Anbaus zusammenhängen, wozu die Auswahl der Böden, die Anpflanzung des Obstgartens, die Erziehung der Bäume, die Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln, die Erntezeit und die Auswahl, die Verpackung und die Handelsaufmachung der Früchte gehören, wird der Nachweis, dass die Pêra Rocha do Oeste aus dem genannten geografischen Gebiet stammt, wie folgt erbracht: Die Obstgärten müssen in dem genannten geografischen Gebiet liegen und nach Maßgabe der Spezifikation geführt werden. Ernte, Transport, Sortierung und Verpackung müssen ebenfalls den Auflagen der Spezifikation entsprechen. Der gesamte Produktionsprozess unterliegt einer besonderen Kontrollregelung mit Ausstellung einer entsprechenden Bescheinigung.
- 4.5 **Herstellungsverfahren:** Anbau und Ernte der Pêra Rocha do Oeste erfolgen nach gleichbleibenden, redlichen örtlichen Verfahren, an deren Anfang die Auswahl der Böden und die Anlage und Führung der Obstgärten stehen. Die Anbaubedingungen sind äußerst wichtig und müssen dem besonderen Klima der Region und der Tatsache Rechnung tragen, dass die Pêra Rocha do Oeste zur angemessenen Entwicklung Kälte braucht. Eigene Regeln existieren auch für den Ablauf und den Zeitpunkt der Ernte (zweite Hälfte August). Besonderes Merkmal der Pêra Rocha do Oeste ist ihre große Lagerfähigkeit, die sich bei vorsichtiger Behandlung während der Ernte und des Transports noch erhöht. Auch Klassifizierung, Etikettierung und Verpackung dieser Früchte sind geregelt.
- 4.6 **Zusammenhang:** Die als Oeste bezeichnete Region (die westlichste Region Portugals) zeichnet sich durch besondere Böden (aus der Zeit des Jura) und besondere Klimabedingungen (durch die Meeresnähe) aus. Diese Region liegt „eingeklemmt“ zwischen dem Gebirgszug Candeiros und dem Atlantik. Durch das Zusammentreffen dieser Faktoren herrschen ausgeprägte, ganz eigene klimatische Gegebenheiten. Diese Voraussetzungen haben vor ca. 150 Jahren ganz natürlich zum Entstehen der Sorte Rocha beigetragen. Diese Sorte produziert in ihrem Ursprungsgebiet Früchte mit sehr unterschiedlichen organoleptischen Merkmalen, die vom Verbraucher anerkannt werden. Die Pêra Rocha do Oeste wurde schnell zu einem Wahrzeichen dieser Region.
- 4.7 **Kontrolleinrichtung**
- Name: Codimaco — Associação Interprofissional Gestora de Marcas Colectivas
- Anschrift: Av. Bombeiros Voluntários, n.º 36-1º, P-2550-102 Cadaval
- Tel. (351) 262 69 11 55
- Fax (351) 262 69 56 44.
- 4.8 **Etikettierung:** Vorgeschriebene Angabe: PÊRA ROCHA DO OESTE — DENOMINAÇÃO DE ORIGEM (Ursprungsbezeichnung) sowie die ordnungsgemäß nummerierte Kontrollmarke. Ein Muster der Kontrollmarke enthält der Zulassungsbescheid der privaten Kontroll- und Bescheinigungsstelle gemäß der Norm EN 45011.
- 4.9 **Einzelstaatliche Anforderungen:** Verfügung Nr. 13 021/99 des Staatssekretärs für ländliche Entwicklung vom 11. Juni 1999, veröffentlicht im DR Nr. 154, Serie II, vom 9. Juli 1999, mit Grundregeln für die Erzeugung und die Merkmale der Pêra Rocha do Oeste sowie Festlegung des geografischen Produktionsgebiets.

EG-Nummer: G/PT/00160/2000.14.09.

Eingang des vollständigen Dossiers: 23. Juli 2001.

Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen

(2002/C 102/10)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Gemäß Artikel 11 Absatz 8 der Richtlinie 95/18/EG des Rates vom 19. Juni 1995 über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ist die Kommission verpflichtet, die Mitgliedstaaten über den Stand der erteilten Genehmigungen zu informieren. Im Folgenden sind die wichtigsten Angaben der von der unter Nummer 2 genannten Stelle erteilten Genehmigung aufgeführt.

1. Bezeichnung und Anschrift des Eisenbahnunternehmens:

Vestbanen A/S
Svinget 11
DK-6800 Varde.

2. Erteilende Stelle im Sitzstaat des Eisenbahnunternehmens:

Jernbanetilsynet, Vestervoldgade 123, 3., DK-1552 Kopenhagen V.

3. Datum der Entscheidung:

1. Oktober 1999.

Ersterteilung

Aussetzung

Widerruf

Änderung

4. Nummer der Genehmigung:

5621.011/99-469.9.

5. Bedingungen und Auflagen:

Die Genehmigung wird vorbehaltlich der Vorlage von Unterlagen bezüglich einer genehmigten Sicherheitsorganisation bis spätestens 31. Dezember 1999 erteilt.

6. Anmerkungen hinsichtlich Erteilung, Aussetzung, Widerruf oder Änderung:

—

7. Sonstige Anmerkungen:

Die genehmigte Haftpflichtversicherung deckt nur Schäden in Dänemark und muss erweitert werden, wenn das Eisenbahnunternehmen Eisenbahnverkehre außerhalb Dänemarks durchführen will.

8. Kontaktperson in der die Genehmigung erteilenden Stelle:

(Name, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Anschrift)

Referatsleiter Per Strand, (45) 33 95 43 34,
(45) 33 14 18 50, pst@jernbanetilsynet.dk

Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen

(2002/C 102/11)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Gemäß Artikel 11 Absatz 8 der Richtlinie 95/18/EG des Rates vom 19. Juni 1995 über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ist die Kommission verpflichtet, die Mitgliedstaaten über den Stand der erteilten Genehmigungen zu informieren. Im Folgenden sind die wichtigsten Angaben der von der unter Nummer 2 genannten Stelle erteilten Genehmigung aufgeführt.

1. Bezeichnung und Anschrift des Eisenbahnunternehmens:

A/S Gribskovbanen
Ndr. Jernbanevej 44
DK-3400 Hillerød.

2. Erteilende Stelle im Sitzstaat des Eisenbahnunternehmens:

Jernbanetilsynet, Vestervoldgade 123, 3., DK-1552 Kopenhagen V.

3. Datum der Entscheidung:

27. April 2000.

Ersterteilung	<input checked="" type="checkbox"/>
Aussetzung	<input type="checkbox"/>
Widerruf	<input type="checkbox"/>
Änderung	<input type="checkbox"/>

4. Nummer der Genehmigung:

5621.017/00-58.9.

5. Bedingungen und Auflagen:

Die Genehmigung wird unter der Bedingung erteilt, dass Unterlagen über eine genehmigte Sicherheitsorganisation bis spätestens 30. Juni 2000 vorliegen.

6. Anmerkungen hinsichtlich Erteilung, Aussetzung, Widerruf oder Änderung:

—

7. Sonstige Anmerkungen:

Die genehmigte Haftpflichtversicherung deckt nur Schäden in Dänemark und muss erweitert werden, wenn das Eisenbahnunternehmen Eisenbahnverkehre außerhalb Dänemarks durchführen will.

8. Kontaktperson in der die Genehmigung erteilenden Stelle:

(Name, Tel.- und Fax-Nr. sowie E-Mail-Anschrift)

Oberregierungsrätin Vibeke Richter, (45) 33 95 43 34, (45) 33 14 18 50, vir@jernbanetilsynet.dk

Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen

(2002/C 102/12)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Gemäß Artikel 11 Absatz 8 der Richtlinie 95/18/EG des Rates vom 19. Juni 1995 über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ist die Kommission verpflichtet, die Mitgliedstaaten über den Stand der erteilten Genehmigungen zu informieren. Im Folgenden sind die wichtigsten Angaben der von der unter Nummer 2 genannten Stelle erteilten Genehmigung aufgeführt.

1. Bezeichnung und Anschrift des Eisenbahnunternehmens:

DSB
Sølvgade 40
DK-1349 Kopenhagen K.

2. Erteilende Stelle im Sitzstaat des Eisenbahnunternehmens:

Jernbanetilsynet, Vestervoldgade 123, 3., DK-1552 Kopenhagen V.

3. Datum der Entscheidung:

13. März 2000.

Ersterteilung
Aussetzung
Widerruf
Änderung

4. Nummer der Genehmigung:

5621.005/99-136.25.

5. Bedingungen und Auflagen:

Die Genehmigung wird unter der Bedingung erteilt, dass Unterlagen über eine genehmigte Sicherheitsorganisation bis spätestens 30. Juni 2000 vorliegen.

6. Anmerkungen hinsichtlich Erteilung, Aussetzung, Widerruf oder Änderung:

—

7. Sonstige Anmerkungen:

Die genehmigte Haftpflichtversicherung deckt Schäden weltweit mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika und Kanadas.

8. Kontaktperson in der die Genehmigung erteilenden Stelle:

(Name, Tel.- und Fax-Nr. sowie E-mail-Anschrift)

Oberregierungsrätin Vibeke Richter, (45) 33 95 43 34, (45) 33 14 18 50, vir@jernbanetilsynet.dk

Mitteilung der Kommission über Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen

(2002/C 102/13)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Gemäß Artikel 11 Absatz 8 der Richtlinie 95/18/EG des Rates vom 19. Juni 1995 über die Erteilung von Genehmigungen an Eisenbahnunternehmen ist die Kommission verpflichtet, die Mitgliedstaaten über den Stand der erteilten Genehmigungen zu informieren. Im Folgenden sind die wichtigsten Angaben der von der unter Nummer 2 genannten Stelle erteilten Genehmigung aufgeführt.

1. Bezeichnung und Anschrift des Eisenbahnunternehmens:

A/S Hillerød-Frederiksværk-Hundested Jernbane
Ndr. Jernbanevej 44
Postboks 219
DK-3400 Hillerød.

2. Erteilende Stelle im Sitzstaat des Eisenbahnunternehmens:

Jernbanetilsynet, Vestervoldgade 123, 3., DK-1552 Kopenhagen V.

3. Datum der Entscheidung:

27 April 2000.

Ersterteilung	<input checked="" type="checkbox"/>
Aussetzung	<input type="checkbox"/>
Widerruf	<input type="checkbox"/>
Änderung	<input type="checkbox"/>

4. Nummer der Genehmigung:

5621.018/00-55.9.

5. Bedingungen und Auflagen:

Die Genehmigung wird unter der Bedingung erteilt, dass Unterlagen über eine genehmigte Sicherheitsorganisation bis spätestens 30. Juni 2000 vorliegen.

6. Anmerkungen hinsichtlich Erteilung, Aussetzung, Widerruf oder Änderung:

—

7. Sonstige Anmerkungen:

Die genehmigte Haftpflichtversicherung deckt nur Schäden in Dänemark und muss erweitert werden, wenn das Eisenbahnunternehmen Eisenbahnverkehre außerhalb Dänemark durchführen will.

8. Kontaktperson in der die Genehmigung erteilenden Stelle:

(Name, Tel.- und Fax-Nr. sowie E-Mail-Anschrift)

Oberregierungsrätin Vibeke Richter, (45) 33 95 43 34, (45) 33 14 18 50, vir@jernbanetilsynet.dk

STAATLICHE BEIHILFE — VEREINIGTES KÖNIGREICH**Beihilfe C 13/02 (ex N 27/02) — Stempelsteuerbefreiung für gewerbliches Eigentum in benachteiligten Gebieten****Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 102/14)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 27. Februar 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission dem Vereinigten Königreich ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden dem Vereinigten Königreich übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

1. Mit Schreiben vom 21. Dezember 2001, dessen Eingang bei der Kommission am 9. Januar 2002 registriert wurde, meldeten die Behörden des Vereinigten Königreichs die Beihilferegelung „Stempelsteuerbefreiung für gewerbliches Eigentum in benachteiligten Gebieten“ an.

2. Beschreibung der Beihilferegelung

Die angemeldete Beihilfe besteht aus einer Befreiung von der Stempelsteuer bei der Übertragung von gewerblichem Eigentum in benachteiligten Gebieten. Diese Stempelsteuern sind Steuern auf Urkunden im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Verpachtung von gewerblichem Eigentum. Angesichts der gegenwärtigen Steuersätze würde sich die Befreiung auf 1 bis 4 % des Kaufpreises beim Kauf von gewerblichem Eigentum und auf 1 bis 24 % der durchschnittlichen Jahrespacht bei neuer Verpachtung belaufen. Die Fördergebiete, in denen die Regelung gelten soll, werden anhand mehrerer Indikatoren bestimmt, die die soziale und wirtschaftliche Benachteiligung betreffen. Auf diese Weise wurden rund 2 000 benachteiligte Gebiete ermittelt, in denen rund 23 % der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs leben. Die Regelung soll für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe und vom Wirtschaftszweig, in dem sie tätig sind, gelten. Für den Haushalt entstehen aufgrund der Regelung jährlich voraussichtlich Kosten in Höhe von nahezu 98 Mio. EUR.

3. Vorliegen einer staatlichen Beihilfe

Nach der Regelung werden Beihilfen aus staatlichen Mitteln (in Form einer Steuerbefreiung) an Unternehmen in bestimmten Gebieten (insbesondere in benachteiligten Gebieten) gewährt. Durch die Befreiung vermindern sich die Investitionskosten der Unternehmen für gewerbliches Eigentum in Fördergebieten und erhalten diese Unternehmen gegenüber Unternehmen, die in anderen Gebieten derartige Investitionen vornehmen, einen Vorteil. Da die Befreiung für alle Grundstücks- und Gebäudeübertragungen gilt, wird sie unweigerlich Unternehmen zugute kommen, die im zwischenstaatlichen Handel oder in einem Wirtschaftszweig tätig sind, in dem zwischenstaatlicher Handel besteht. Außerdem ist die Beihilfe, die einem Unternehmen gewährt werden kann, unbegrenzt. Deswegen darf angenommen werden, dass die Steuerbefreiung eine Beihilfe darstellt, die den Wettbewerb im zwischenstaatlichen Handel beeinträchtigt.

Die Kommission vertritt daher die Auffassung, dass es sich bei der Maßnahme um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 87 Absatz 1 EG-Vertrag handelt.

4. Verfahrensrechtliche Erwägungen

Das Vereinigte Königreich ist seinen verfahrensrechtlichen Verpflichtungen aus Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag durch Anmeldung der vorerwähnten Beihilferegelung nachgekommen.

5. Würdigung der Vereinbarkeit der Beihilfe

Die Maßnahme zielt darauf ab, die Entwicklung/Wiederbelebung benachteiligter Gebiete im Vereinigten Königreich durch die Gewährung von Beihilfen für die Übertragung von gewerblichem Grundstücks- und Gebäudeeigentum zu fördern. Investitionsbeihilfen in benachteiligten Gebieten fallen in den Anwendungsbereich der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 9), die nachstehend als „Regionalbeihilfeleitlinien“ bezeichnet werden, und in den Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen an Unternehmen in benachteiligten Stadtvierteln (ABl. C 146 vom 14.5.1997, S. 6), der nachstehend als „Gemeinschaftsrahmen für benachteiligte Stadtviertel“ bezeichnet wird. Die Kommission hat daher die Maßnahme anhand dieser beiden Regelungen untersucht. Sie ist im Anschluss an diese Untersuchung zu folgenden Ergebnissen in Bezug auf die Frage der Vereinbarkeit der Maßnahme mit dem Gemeinsamen Markt gelangt:

- a) Die räumliche Tragweite der Maßnahme gibt Anlass zu Bedenken. Nach den Gemeinschaftsvorschriften über staatliche Beihilfen müssen sich Investitionsbeihilfen für die Förderung benachteiligter Gebiete auf die Fördergebiete nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) bzw. Buchstabe c) in Übereinstimmung mit den Vorschriften in Ziffer 3 der Regionalbeihilfeleitlinien bzw. auf benachteiligte Stadtviertel in Übereinstimmung mit den Vorschriften in Ziffer 4 des diesbezüglichen Gemeinschaftsrahmens beschränken.

Die Kommission genehmigte am 17. August 2000 die Fördergebietskarte des Vereinigten Königreichs (N 265/2000) für den Zeitraum 2000—2006. Die Stempelsteuerbefreiung soll für eine Reihe von Gebieten gelten, die rund 23 % der Landesbevölkerung ausmachen. Informationen des Vereinigten Königreichs zufolge stehen 40 bis 50 % der für die Stempelsteuerbefreiung in Frage kommenden Gebiete möglicherweise nicht auf der Fördergebietskarte. Zwar sind aufgrund des Gemeinschaftsrahmens für benachteiligte Stadtviertel relativ hohe Investitionsbeihilfesätze außerhalb der offiziellen Fördergebiete möglich, doch sieht Ziffer 8 dieses Gemeinschaftsrahmens vor, dass nicht mehr als rund 1 % der nationalen Bevölkerung in den Genuss des Gemeinschaftsrahmens kommen sollte. In den Gebieten aber, in denen die Stempelsteuerbefreiung beantragt werden kann und die nicht auf der Fördergebietskarte stehen, lebt eine wesentlich größere Bevölkerung als 1 % der nationalen Bevölkerung.

Die Kommission bezweifelt daher, dass die räumliche Tragweite der Stempelsteuerbefreiung mit den vorerwähnten Vorschriften vereinbar ist. Sie befürchtet, dass sich die Fördergebietskarte des Vereinigten Königreichs wesentlich vergrößern würde, falls sie die betreffende Beihilferegulation einschließlich der Liste der „ausgewählten benachteiligten Gebiete“ genehmigt. Dies widerspricht dem Grundsatz der Regionalbeihilfepolitik der Gemeinschaft, dass Regionalbeihilfen auf die am

stärksten benachteiligten Gebiete konzentriert bleiben müssen⁽¹⁾.

- b) Sowohl in den Regionalbeihilfeleitlinien als auch im Gemeinschaftsrahmen für benachteiligte Stadtviertel sind die geförderten Investitionen ausschließlich „Erstinvestitionen“. Die Kommission bezweifelt, dass der Verkauf von Eigentum für gewerbliche Zwecke und der Abschluss neuer Pachtverträge für derartiges Eigentum stets eine „Erstinvestition“ im Sinne dieser Vorschriften darstellen.
- c) Vermögenswerte, die Gegenstand aufeinander folgender Eigentumsübertragungen sind, können bei jeder Übertragung von der Stempelsteuer befreit werden. Außerdem sind von der Regelung Vermögenswerte, für deren Erwerb bereits in der Vergangenheit (aufgrund anderer Beihilfenregelungen) Beihilfen gewährt wurden, nicht ausgenommen. Die Kommission bezweifelt, dass dies mit den einschlägigen Vorschriften der Regionalbeihilfeleitlinien vereinbar ist, wonach Beihilfen, die für den Erwerb von Vermögenswerten gewährt wurden, bei der Gewährung von Beihilfen im Falle eines späteren Erwerbs berücksichtigt werden müssen.
- d) Nach Angaben des Vereinigten Königreichs wird die Beihilfeintensität in keinem Fall bei über 4 % liegen. Die Kommission bezweifelt allerdings, dass in den Fällen, wo die Stempelsteuerbefreiung mit anderen Beihilfen kumuliert wird, die Behörden in der Lage sein werden zu gewährleisten, dass der Gesamtbeihilfebetrag die auf der Fördergebietskarte genannten Höchstsätze (oder andere Höchstsätze) nicht überschreiten wird.
- e) Der Anmeldung zufolge gilt die Regelung für alle Wirtschaftszweige, also auch in den Sektoren, die besonderen Vorschriften unterliegen (Verkehr, Stahl, Schiffbau, Kunstfasern, Kraftfahrzeuge, Produktion, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhangs I EG-Vertrag, Fischerei und Kohle). Unklar ist, wie die Behörden des Vereinigten Königreichs gewährleisten werden, dass die in den vorerwähnten Sektoren anwendbaren besonderen Vorschriften befolgt werden.
- f) Die angemeldete Regelung ist für alle Arten von Unternehmen bestimmt. Die Kommission bezweifelt, dass dies mit dem Gemeinschaftsrahmen für benachteiligte Stadtviertel vereinbar ist, wonach Beihilfen nur an kleine Unternehmen gewährt werden dürfen und im Übrigen noch andere Bedingungen an die Beihilfeempfänger gestellt werden (Fortführung der Haupttätigkeit und Investitionstätigkeit in dem als ein benachteiligtes Stadtviertel bezeichneten Gebiet; mindestens 20 % der neuen Arbeitsplätze müssen Personen vorbehalten sein, die ihren Wohnsitz in einem benachteiligten Gebiet haben).

⁽¹⁾ In diesem Kontext heißt es in den Leitlinien: „Solche Beihilfen sind in der Gemeinschaft nur denkbar, wenn sie sparsam verwendet werden und auf die am stärksten benachteiligten Gebiete konzentriert bleiben. Würden die Beihilfen verallgemeinert und zur Regel, verlören sie ihren Anreizcharakter und ihre wirtschaftlichen Wirkungen würden zunichte gemacht. Zugleich würden die Marktbedingungen verfälscht und die Leistungsfähigkeit der gemeinschaftlichen Wirtschaft insgesamt beeinträchtigt werden.“

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„The Commission wishes to inform the United Kingdom that, having examined the information supplied by your authorities on the aid measure referred to above, it has decided to initiate the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty.

I. PROCEDURE

1. By letter dated 21 December 2001, and registered by the Commission on 9 January 2002, the UK authorities notified a scheme exempting transfers of non-residential property in disadvantaged areas from stamp duty. A bilateral meeting between the UK authorities and the Commission was held on 5 February 2002 to clarify some points of the notification.

II. DESCRIPTION OF THE AID MEASURE**2. Aim of the measure**

The aim of the measure is to contribute to the physical, economic and social regeneration of disadvantaged areas by means of reducing the cost of acquiring non-residential property in these areas. As such the scheme is part of the UK Government's 'Enterprise in disadvantaged communities' initiative.

3. The form and nature of the aid

The notified aid takes the form of an exemption from stamp duty on the transfer of non-residential property and on the creation of new leases for such property.

Stamp duties are taxes on documents. The main stamp duties levied in the UK at the present day are on sales and leases of land and buildings, and transfers of shares.

4. Eligible costs and aid intensity

Eligible costs comprise the consideration (i.e. purchase price) of the property (i.e. land and/or buildings) situated in the qualifying area, or the average annual rental for a new lease. Apportionment is required if the property is only partially situated in a qualifying area.

Stamp duty rates vary according to the purchase price of the property concerned and, in the case of leases, according to the average annual rental and the duration of the lease.

At present duty rates, the value of the exemption would be between 1 % and 4 % of the purchase price in the case of a purchase of a property and between 1 % and 24 % of the average annual rent in the case of a new lease.

5. Geographical coverage of the scheme

The stamp duty exemption would apply to sales and new leases of non-residential property located in 'designated disadvantaged areas' in the UK.

The eligible areas, which have average populations of 7 000, are selected on the basis of the most recent values for indices of deprivation developed for each of the four nations of the United Kingdom (no suitable single measure of deprivation exists for the UK — so it was necessary to use the four different but comparable indices). In England, Wales and Northern Ireland the geographical units used for the analysis are the electoral wards or divisions. In Scotland the geographical units used are postcodes.

Some 2 000 disadvantaged areas have been designated in the UK, covering 22 % of the total population in England, 18 % in Scotland, 47 % in Wales and 40 % in Northern Ireland. The present list of eligible areas has been set out in 'The Stamp Duty (Disadvantaged Areas) Regulations 2001' (Statutory Instruments 2001/3747). However, the UK indicated that the qualifying areas will be kept under review, but that changes of the list are likely to be infrequent.

6. Beneficiaries

The scheme applies to undertakings of any size and operating in any sector of the economy.

7. Budget of the scheme

The annual budget cost of the scheme is estimated at up to GBP 60 million (around EUR 98 million). It is estimated that, each year, at least 1 200 transfers will be exempted from stamp duty under the scheme.

8. Legal basis of the scheme

Primary legislation: Section 92 and Schedule 30 Finance Act 2001.

Secondary legislation:

- SI 3746/2001 (The Variation of Stamp Duties Regulations),
- SI 3747/2001 (The Stamp Duty (Disadvantaged Areas) Regulations),
- SI 3748/2001 (The Finance Act 2001, Section 92(8), (Specified Day) Order).

9. Duration of the scheme: 2002-2011.**III. ASSESSMENT OF THE AID MEASURE**

10. In accordance with Article 6(1) of Council Regulation (EC) No 659/1999 of 22 March 1999, the decision to initiate proceedings shall summarise the relevant issues of fact and law, shall include a preliminary assessment from the Commission as to the aid character of the proposed measure, and shall set out the doubts as to its compatibility with the common market.

11. Procedure

The UK authorities have complied with the procedural requirements of Article 88(3) of the EC Treaty by notifying the abovementioned aid scheme before putting it into effect.

12. The existence of aid

The Commission considers, at this stage of the procedure, that the measure constitutes State aid within the meaning of Article 87(1) of the EC Treaty, and this for the following reasons:

- State resources are involved because tax is foregone.
- The measure is selective because it is targeted upon particular geographical areas.
- The measure will reduce the investment costs for companies investing in non-residential assets in the eligible areas. It will therefore provide an advantage to such companies over other companies investing in other areas, and therefore not receiving the exemption.
- Because the exemption applies to all conveyances and transfers of estates and interests in land in the designated areas it will, among others, inevitably benefit undertakings which are engaged in inter-State trade, or in a business sector in which there is inter-State trade. Furthermore, the scheme does not provide that the limits laid down in Council Regulation (EC) No 69/2001 of 12 January 2001 on the application of Articles 87 and 88 of the EC Treaty to *de-minimis* aid will be respected. Accordingly, the new exemption may give rise to aid which affects competition in inter-State trade.

13. Exemption grounds

- (a) Article 87(2) of the EC Treaty lists certain types of aid that are compatible with the EC Treaty. In view of the nature and purpose of the aid, and the geographical coverage of the scheme, the Commission considers, at this stage of the analysis, that subparagraphs (a), (b) and (c) are not applicable to the measure in question.
- (b) Article 87(3) specifies other forms of aid, which may be regarded as compatible with the common market. In view of the nature and purpose of the aid measure and its geographical scope, the Commission considers, at this stage of the investigation, that the subparagraphs (a), (b), (d) and (e) of Article 87(3) are not applicable either.
- (c) In the notification, the UK authorities appear to agree with the above analysis and suggest that the question is whether the aid measure is compatible with the common market on the basis that it will facilitate the development of certain economic areas and it will not adversely affect trading conditions to an extent contrary to the common interest (Article 87(3)(c) of the EC Treaty).

(d) The coverage of the notified measure is not limited to SMEs, nor to firms in difficulty, nor to any one of the following activities: R & D, environmental protection as defined in the Community guidelines on State aid for environmental protection (OJ C 37, 3.2.2001, p. 3), training, the creation or maintenance of employment. Therefore, the Commission considers, at this stage of the analysis, that the notified measure can not be declared compatible with the common market on the basis of its conformity with any of the following regulations, frameworks or guidelines:

- Commission Regulation (EC) No 70/2001 of 12 January 2001 on the application of Articles 87 and 88 of the EC Treaty to State aid to small and medium-sized enterprises (OJ L 10, 13.1.2001, p. 33);
- Community guidelines on State aid for rescuing and restructuring firms in difficulty (OJ C 288, 9.10.1999, p. 2);
- Community framework for State aid for research and development (OJ C 45, 17.2.1996, p. 5);
- Community guidelines on State aid for environmental protection (OJ C 37, 3.2.2001, p. 3);
- Commission Regulation (EC) No 68/2001 of 12 January 2001 on the application of Articles 87 and 88 of the EC Treaty to training aid (OJ L 10, 13.1.2001, p. 20);
- Guidelines on employment (OJ C 334, 12.12.1995, p. 4).

(e) The aim of the measure is to promote the development/regeneration of disadvantaged areas in the UK, which are geographically defined. Therefore, the Commission has examined the compatibility of the measure on the basis of the guidelines on national regional aid (OJ C 74, 10.3.1998, p. 9), hereinafter referred to as the 'regional aid guidelines' and the guidelines on State aid for undertakings in deprived urban areas (OJ C 146, 14.5.1997, p. 6), hereinafter referred to as the 'deprived urban area guidelines'. The results of this analysis are presented below.

14. Conformity with the regional aid guidelines

The stamp duty exemption is granted in relation to the transfer of non-residential property in disadvantaged areas. In its notification, the UK argues correctly that the notified scheme is therefore primarily focussed on investment. According to the regional aid guidelines, aid for investment in disadvantaged areas may be compatible with the common market, but only if certain conditions are satisfied. At this stage of the examination, the Commission has doubts whether the notified scheme respects the conditions set out in these guidelines:

(a) By letter No SG(2000) D/106293 of 17 August 2000, the Commission approved the UK regional aid map for the period 2000 to 2006 (N 265/2000). The map defines the areas eligible for national regional aid under the derogations of Article 87(3)(a) and (c) of the EC Treaty. The Article 87(3)(a) regions included in the map were defined on the basis of EU-wide criteria (NUTS level II regions with a GDP per capita in PPS lower than 75 % of the Community average). The Article 87(3)(c) areas were selected on the basis of geographical units and social and economic indicators, proposed by the UK authorities themselves. The stamp duty exemption will apply to transfers of non-residential property situated in so-called 'designated disadvantaged areas', which have been defined on the basis of different geographical units and indicators (see point 5 above). The result of this approach is that a number of areas eligible under the notified measure does not fall within the areas eligible for regional aid as defined in the present UK regional aid map. Information provided by the UK in the context of an examination of another State aid scheme (namely the Community development venture fund (N 606/2000)), suggests that the proportion of the disadvantaged areas falling outside the regional aid map is very significant ⁽²⁾.

The Commission therefore doubts whether the geographical coverage of the stamp duty exemption is compatible with the regional aid guidelines. It is concerned that the approval of the scheme, including the list of 'designated disadvantaged areas' would in effect lead to a significant widening of the UK regional aid map. In turn, this would undermine the concentration of regional aid areas, which is a leading principle of the Community's regional aid policy ⁽³⁾. In order to clarify this point, the Commission would also ask the UK authorities to provide clear information on the extent to which the two lists overlap.

(b) Point 4.1 of the regional aid guidelines provides that the object of regional aid is to secure either productive investment (initial investment) or job creation that is linked to investment. Point 4.11 specifies that also aid for job creation should be linked to the carrying out of initial investment. Initial investment is defined in point 4.4 of the guidelines as 'an investment in fixed capital relating to the setting-up of a new establishment, the extension of an existing establishment, or the starting-up of an activity involving a fundamental change in the product or production process of an existing establishment (through rationalisation, diver-

sification or modernisation)'. The stamp duty exemption concerns the sale of non-residential property and the creation of new leases for such property. The Commission has doubts whether such transactions can in all circumstances be classified as initial investment as defined in the guidelines.

(c) The notification points out that any transaction can benefit only once from the stamp duty exemption. The implication of this is, however, that assets that are the object of successive transactions (e.g. successive transfers of ownership), would qualify for stamp duty exemption on each occasion. Furthermore, assets for whose acquisition aid has already been paid in the past (under other aid schemes) are not excluded from the scheme. In view of this, the Commission has doubts whether the scheme respects point 4.5 of the regional aid guidelines, which provides that in the event of a purchase, assets for whose acquisition aid has already been granted prior to the purchase should be deducted.

(d) Point 5.4 of the regional aid guidelines provides that regional aid schemes are approved by the Commission, subject to the aid intensity ceilings defined in the map. Point 4.18 specifies that the total amount of regional investment aid should respect the aid intensity ceilings set out in the regional aid map. Point 4.21 requires that, in cases where the aid under one scheme may be combined with aid under other schemes, the Member State must specify, for each scheme, the method by which it will ensure that the regional aid intensity ceilings will be complied with. In the notification, the UK argues that the intensity of the scheme will never exceed 4 %. It is unclear though how the UK arrives at that percentage. In addition, the UK does not exclude the possibility that aid under the notified scheme is cumulated with aid under other schemes. In fact, the notification explicitly mentions the possibility that aid under the scheme is cumulated with aid from certain risk capital measures. The Commission doubts whether, in cases where the stamp duty exemption is cumulated with other aid, the UK authorities will be able to ensure that the total amount of aid will respect the aid intensity ceilings established in the regional aid map. In this context, the Commission would ask the UK authorities to clarify the way in which the aid intensity will be calculated in cases involving the establishment of new leases. It would also ask the UK to clarify how it will ensure that cumulation rules are complied with.

(e) Point 2 of the regional aid guidelines provides that the granting of (regional) State aid in certain sectors (transport, steel, shipbuilding, synthetic fibres, motor vehicles, fisheries and coal) is subject to specific restrictions. The guidelines on national regional aid excludes specifically from its scope the production, processing and marketing of Annex I products. The guidelines on State aid for undertakings in deprived urban areas are without prejudice of other State aid rules. Therefore any aid granted to undertakings operating in the production, processing and marketing of Annex I products is to be assessed according to the Community guidelines for State aid

⁽²⁾ By letter of 14 January 2002, the UK authorities analysed the degree of overlap between the 20 % most deprived wards and the Article 87(3)(a) and (c) areas in England. Their analysis concluded that only 57 % of these most deprived wards were also included in the regional aid map.

⁽³⁾ In this context, the guidelines on national regional policy point out that regional aid '... is conceivable in the European Union only if it is used sparingly and remains concentrated on the most disadvantaged regions. If aid were to become generalised and, as it were, the norm, it would lose all its incentive quality and its economic impact would be nullified. At the same time, it would interfere with the normal interplay of market forces and reduce the efficacy of the Community economy as a whole'.

in the agriculture sector. In addition, special rules apply to large investment projects. According to the notification, the scheme applies to all sectors. It is unclear though how the UK authorities will ensure that the aid granted under the notified scheme to companies engaged in the abovementioned sectors or to large investment projects will comply with the special rules applicable. The United Kingdom authorities are requested to provide necessary information to permit the assessment of the measure at issue under the State aid rules applicable to the agriculture sector.

15. Conformity with the deprived urban area guidelines

The deprived urban area guidelines make provision for the granting of aid for investment in deprived geographical areas, subject to specific conditions. At this stage of the examination, the Commission has doubts whether the notified scheme respects these conditions:

- (a) Point 5 of the deprived urban area guidelines recognises that there can be a need for investment aid to deprived urban areas that are not included in the regional aid map. However, point 8 of the guidelines provides that the total population covered by such areas should not exceed 1 % of the national population (or, in circumstances justified by the Member State on the basis of objective socioeconomic data at a level slightly above this ceiling). Areas covered should be geographically identifiable and homogeneous; they should have a population of between around 10 000 and 30 000 and belong to cities or urban agglomerations with around 100 000 inhabitants or more and have significantly worse socioeconomic statistics than both the national average and the average for the cities to which they belong. Also areas selected under the urban community initiative could be taken into account.

As was pointed out in point 14(a) above, a significant number of areas eligible under the notified measure probably falls outside the regional aid map. The number of people living in these areas is therefore likely to be far in excess of the 1 % ceiling set out in the deprived urban area guidelines. In addition, it is unclear to what extent the areas that qualify under the notified scheme and that are outside the regional aid map are satisfying the other eligibility criteria laid down in point 7 of the urban aid guidelines. The Commission therefore doubts whether the areas that

qualify under the notified scheme and that are not included in the regional aid map are selected in conformity with the criteria laid down in paragraph 7 and 8 of the urban aid guidelines. It requests further clarification on the population coverage of the areas that qualify under the scheme and that are not eligible for regional aid and on the extent to which these areas satisfy the eligibility criteria laid down in point 7 of the deprived urban area guidelines.

- (b) The notified scheme does not impose any restriction on the types of companies that could benefit from the stamp duty exemption. The Commission doubts whether this is in conformity with the deprived urban area guidelines. Point 10 of these guidelines restricts aid to small companies only, arguing that 'extending the benefits of the aid to large enterprises would have disproportionate effects in terms of distortion of competition and the negative impact on cohesion'. In addition point 12 of the guidelines imposes further restrictions (namely that the beneficiary must carry on its principle economic activity and invest in the area designated as a deprived urban area and that he must reserve at least 20 % of the new jobs created for persons having their domicile in a deprived area).
- (c) The deprived urban area guidelines also provide that aid should be limited to initial investment projects and that the total amount of aid should be limited to 26 % of eligible investment costs (point 14 of the guidelines). The doubts expressed in points 14(b) and 14(e) therefore also apply in this case.

IV. DECISION

16. In the light of the foregoing considerations, the Commission, acting under the procedure laid down in Article 88(2) of the EC Treaty, requests the United Kingdom to submit its comments and to provide all such information as may help to assess the aid scheme 'Stamp duty exemption for non-residential property in disadvantaged areas', within one month of the date of receipt of this letter.
17. The Commission wishes to remind the United Kingdom that Article 88(3) of the EC Treaty has suspensory effect, and would draw your attention to Article 14 of Regulation (EC) No 659/1999, which provides that all unlawful aid may be recovered from the recipients."

STAATLICHE BEIHILFE — FRANKREICH

Beihilfe C 24/02 (ex N 635/01) — „La Française de mécanique SA“

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag

(2002/C 102/15)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 27. März 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Frankreich ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Frankreich übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Die französischen Behörden meldeten am 1. Oktober 2001 gemäß Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag bei der Kommission ein Beihilfevorhaben zugunsten von „La Française de mécanique SA“ (im Folgenden „FM“) für ein Motorenwerk in Douvrin (Nord — Pas-de-Calais) an. Bei FM handelt es sich um eine gemeinsame Tochter der französischen Automobilkonzerne PSA (50 %) und Renault (50 %).

Das angemeldete Vorhaben betrifft die Herstellung der zweiten Generation von Direkteinspritzungsdieselmotoren der „DV“-Familie: DV4 umfasst das gesamte Spektrum der Motorenpalette (von 1,4- bis 2,7-Liter-Versionen). Das erste Modul, das hergestellt werden soll, betrifft den DV4-1,4-Liter-Motor mit 8 und 16 Ventilen. Das Investitionsprogramm erstreckt sich über einen Zeitraum von sieben Jahren von Januar 1999 bis Dezember 2005.

An diesem Vorhaben sind PSA und Ford beteiligt, die im September 1997 eine Übereinkunft zur gemeinsamen Entwicklung und Vermarktung einer neuen Familie von Direkteinspritzungsdieselmotoren („common rail“) unterzeichnet haben.

FM fungiert als Subunternehmer der Kooperation von PSA und Ford und liefert Motoren an diese beiden Kfz-Hersteller.

Das angemeldete Vorhaben betrifft die Errichtung neuer Produktionsanlagen für die Motorenkomponenten und eine neue flexible Fertigungsstraße, auf der täglich 2 500 Motoren des DV4-1,4-Liter-Modells hergestellt werden können.

Durch dieses Vorhaben erhöht sich die Kapazität des Werks um 575 000 Motoren/Jahr. Parallel zu dieser Kapazitätsausweitung für DV4-Motoren wird die Herstellung der größeren DJ/DK-Motoren in Douvrin eingestellt, und die Herstellung von Benzin- und Dieselmotoren der Modelle TU/TUD mit geringerem Hubraum reduziert. Das DV4-Motorenprojekt ist für FM mit der Schaffung von 600 neuen Arbeitsplätzen und der Erhaltung von 200 Arbeitsplätzen verbunden.

PSA und Ford beabsichtigen, einen Nominalbetrag von 329,1 Mio. EUR (ohne FuE-Aufwendungen in Höhe von 168,6 Mio. EUR, die von PSA gesondert getragen werden) zu investieren, von denen 281,1 Mio. EUR von den französischen Behörden als beihilfefähige Investitionskosten eingestuft wurden. Die geplante Beihilfe beläuft sich nominal auf 5,48 Mio. EUR, von denen die Hälfte von den französischen Behörden im Rahmen des „PAT“-Programms geleistet wird, während die andere Hälfte aus EFRE-Mitteln finanziert wird. Die Beihilfeintensität betrage demnach 1,95 % Bruttosubventionsäquivalent.

Die Kommission hat Douvrin (Region Nord — Pas-de-Calais) gemäß der Fördergebietskarte 2000—2006 als Fördergebiet nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag mit einem Förderhöchstsatz von 20 % für Regionalbeihilfen anerkannt.

Nach Auskunft der französischen Behörden ist das Vorhaben standortunabhängig und es wurden Alternativstandorte in Dagenham (VK), Köln (D) und Valencia (E) im Rahmen der Kooperation zwischen PSA und Ford als tragfähige Alternative in Erwägung gezogen.

Die Kommission stellt fest, dass Frankreich keine Kosten-Nutzen-Analyse zum Vergleich der Kosten des Standorts Douvrin mit denen der angegebenen Vergleichsstandorte vorgelegt hat.

FM ist in der Kraftfahrzeugindustrie tätig. Aus diesem Grunde muss die Beihilfe nach dem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen in der Kfz-Industrie gewürdigt werden ⁽¹⁾.

Gemäß Ziffer 3.2.a) dieses Gemeinschaftsrahmens muss der Beihilfempfänger die Notwendigkeit der Regionalbeihilfe eindeutig anhand der Tatsache nachweisen können, dass er für sein Vorhaben über einen rentablen Alternativstandort verfügt. Wenn also kein anderer neuer oder bereits vorhandener Standort im Rahmen der Gruppe die fragliche Investition aufnehmen kann, wäre das Unternehmen gezwungen, sein Projekt auch ohne Beihilfe in dem einzig vorhandenen Werk durchzuführen.

Die französischen Behörden haben behauptet, dass die Fordwerke in Dagenham (VK), Köln (D) und Valencia (E) ein wirtschaftlich realistischer Alternativstandort zu Douvrin wären. Die Kommission bezweifelt, dass das Projekt standortunabhängig ist, und fragt sich insbesondere, ob einer der Alternativstandorte tatsächlich im Rahmen dieses Vorhabens als rentabler Alternativstandort zu Douvrin in Betracht gezogen worden ist.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„La Commission souhaite informer la France que, après avoir examiné les informations transmises par vos autorités sur les mesures citées en objet, elle a décidé d'ouvrir la procédure prévue à l'article 88, paragraphe 2, du traité CE.

1. PROCÉDURE

1. Par lettre du 1^{er} octobre 2001, les autorités françaises ont notifié un plan visant à accorder des aides à finalité régionale à la Française de mécanique SA (ci-après dénommée «FM»). La Commission a demandé un complément d'informations le 5 novembre 2001, que les autorités françaises ont communiqué le 29 janvier 2002, après l'envoi d'un rappel le 22 janvier 2002.
2. Le délai légal de deux mois dont dispose la Commission pour prendre une décision expire le 29 mars 2002.

2. DESCRIPTION DU PROJET

Société et projet

3. FM est une filiale commune détenue à 50/50 par les groupes automobiles français PSA et Renault. Le projet notifié porte sur la production de la deuxième génération de moteurs diesel à injection directe (DV): le DV4 couvre toute la gamme de cylindrées (de la version 1,4 litre à la version 2,7 litres). Le premier module à être construit concerne le moteur DV4 1,4 litre à 8 et 16 soupapes.

4. Ce projet voit la participation de PSA et de Ford, qui ont conclu un accord en septembre 1997 pour le développement et la commercialisation en commun d'une nouvelle famille de moteurs diesel à injection directe (*common rail*).
5. FM sera sous-traitant dans le cadre de la coopération PSA-Ford: la société livrera les moteurs à Ford et à PSA, mais l'interface se fera *via* PSA qui sera facturée par FM pour la totalité de la production, PSA refacturant à Ford le nombre de moteurs qui lui seront livrés. Il n'y a pas d'articulation avec Renault, bien que ce constructeur soit coactionnaire de FM avec PSA. Les autorités françaises confirment que PSA et Renault SA ont des comptes séparés au sein de FM, ce qui signifie que Renault ne bénéficiera pas de l'aide envisagée en faveur de FM.
6. Le projet notifié concerne l'installation de nouvelles chaînes de production pour des éléments du moteur et d'une nouvelle chaîne d'assemblage flexible d'une capacité de 2 500 moteurs par jour pour le modèle DV4 1,4 litre. Grâce à ce projet, la capacité de l'usine sera augmentée de 575 000 moteurs par an. Parallèlement à la montée en puissance des moteurs DV 4, la production des plus gros moteurs diesel DJ/DK sera arrêtée à Douvrin et la production des moteurs essence et diesel pour petites cylindrées TU/TUD décroîtra. Le projet de moteurs DV4 représente par FM la création de 600 nouveaux emplois et le maintien de 200 emplois.
7. Le programme d'investissement pour toute la gamme DV4 s'étale sur une période de sept années, qui va de janvier 1999 à décembre 2005. Le programme relatif au premier module développé sur le site de Douvrin couvre une période de trois ans, d'octobre 2000 à septembre 2003.
8. Selon les autorités françaises, le projet est mobile et des sites de substitution viables ont été envisagés par PSA-Ford à Dagenham (Royaume-Uni), Cologne (Allemagne) et Valence (Espagne).

Base légale; investissement et montants des aides

9. PSA-Ford entend investir un montant nominal de 329,1 millions d'euros (sans compter les dépenses de recherche-développement, d'un montant de 168,6 millions d'euros, qui sont supportées par PSA séparément), dont 281,1 millions ont été considérés par les autorités françaises comme des investissements susceptibles de bénéficier d'une aide.
10. L'aide envisagée se chiffre, en valeur nominale, à 5,48 millions d'euros, dont la moitié serait apportée par les autorités françaises dans le cadre du dispositif «PAT» et la seconde moitié serait accordée au titre d'un financement FEDER. L'intensité d'aide serait donc de 1,95 % en équivalent subvention brut.
11. Douvrin (Nord — Pas-de-Calais) est une région relevant de l'article 87, paragraphe 3, point c), pour laquelle le plafond d'aide régionale a été fixé à 20 % en équivalent subvention net pour la période 2000-2006.

⁽¹⁾ ABl. C 279 vom 15.9.1997, S. 1.

12. La base légale de l'autorisation du PAT (Prime d'aménagement du territoire) est la décision *ad hoc* de la Commission du 17 juillet 2000 [SG (2000)*D/105033] (N 782/A/99).

3. APPRÉCIATION DE L'AIDE

13. Conformément à l'article 6, paragraphe 1, du règlement n° 659/1999 du Conseil, la décision d'ouvrir la procédure récapitule les éléments pertinents de fait et de droit, inclut une évaluation préliminaire, par la Commission, de la mesure proposée visant à déterminer si elle présente le caractère d'une aide, et expose les raisons qui incitent à douter de sa compatibilité avec le marché commun.

14. À ce stade de la procédure, la Commission estime que la mesure constitue une aide d'État au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité CE. Cette mesure serait financée par l'État ou au moyen de ressources d'État; en outre, vu qu'elle représente une partie significative du financement du projet, elle est susceptible de fausser la concurrence au sein de la Communauté en conférant à FM un avantage par rapport aux autres sociétés ne recevant pas d'aides. Enfin, le marché des véhicules automobiles se caractérise par des échanges intensifs entre les États membres. De toute évidence, la mesure constitue une application individuelle d'un régime approuvé; elle doit cependant être notifiée, conformément à l'article 88, paragraphe 3, du traité CE, en application des règles de procédure relatives applicables en matière d'aides d'État.

15. L'article 87, paragraphe 2, du traité CE énumère certains types d'aides qui sont compatibles avec le traité CE. Étant donné la nature et l'objectif de l'aide, ainsi que l'implantation géographique de l'entreprise, les points a), b) et c) ne sont pas applicables au projet en question. L'article 87, paragraphe 3, prévoit d'autres formes d'aides pouvant être considérées comme compatibles avec le marché commun. La Commission observe que le projet est situé à Douvrin, qui peut bénéficier d'un soutien au titre de l'article 87, paragraphe 3, point c), avec un plafond régional de 20 %.

16. L'aide en question est accordée à la Française de mécanique SA, qui produit et assemble des moteurs. L'entreprise fait donc partie du secteur de l'automobile au sens de l'encadrement communautaire des aides d'État dans le secteur automobile (ci-après dénommé «l'encadrement») ⁽²⁾.

17. Selon l'encadrement, les aides que les pouvoirs publics envisagent d'accorder à un projet individuel dans le cadre d'un régime d'aide autorisé en faveur d'une entreprise exerçant ses activités dans le secteur automobile doivent être notifiées préalablement à leur octroi sur la base de l'article 88, paragraphe 3, du traité si au moins un des deux seuils suivants est franchi: i) le montant total du projet est au moins égal à 50 millions d'euros ou ii) le montant brut total des aides d'État et des aides provenant des instruments communautaires pour le projet est au moins égal à 5 millions d'euros.

18. Tant le coût total du projet que le montant des aides dépassent les seuils de notification. Par conséquent, en notifiant les aides qu'elles envisagent d'accorder à la Française de mécanique SA, les autorités françaises ont satisfait aux exigences de l'article 88, paragraphe 3, du traité.

19. L'encadrement dispose que la Commission veille à ce que les aides accordées soient à la fois nécessaires à la réalisation du projet et proportionnées à la gravité des problèmes à résoudre. Le respect de ces deux aspects de proportionnalité et de nécessité s'avère obligatoire pour que la Commission autorise une aide d'État dans le secteur automobile.

20. Selon le point 3.2 a) de l'encadrement, pour démontrer la nécessité d'une aide régionale, la société bénéficiaire de l'aide doit prouver de manière claire qu'elle possède une alternative économiquement viable pour l'implantation de son projet. Si aucun autre site industriel, nouveau ou préexistant, n'était susceptible, au sein du groupe, d'accueillir l'investissement en question, l'entreprise serait contrainte de mettre en œuvre son projet dans l'unique usine d'accueil possible, même en l'absence d'aide. En conséquence, aucune aide régionale ne peut être autorisée pour un projet qui n'est pas géographiquement mobile.

21. Afin d'apprécier la mobilité du projet, la Commission exige que lui soient communiquées toutes les pièces justificatives susceptibles de démontrer l'existence d'une alternative économiquement viable pour l'implantation dudit projet. Il convient notamment de lui transmettre dans la mesure du possible des études relatives au lieu final d'installation du site.

22. La Commission observe qu'il ressort des documents internes communiqués à ce jour que le groupe PSA-Ford a réalisé, entre septembre 1998 et novembre 1998, une première comparaison de la faisabilité technique et de l'investissement nécessaire faisant intervenir trois autres sites. Ces documents ne prouvent toutefois pas que des sites aient été envisagés en lieu et place de Douvrin. La Commission relève que la documentation fournie laisse dans l'ombre des aspects importants pour déterminer si l'un quelconque des trois sites aurait pu concrètement héberger le projet. La Commission doute par conséquent que les sites de Dagenham, de Cologne ou de Valence aient été considérés comme des alternatives viables à celui de Douvrin pour le projet en question.

23. Premièrement, l'étude d'implantation qui a abouti au choix de Douvrin n'a pas été transmise, bien qu'une demande dans ce sens ait été formulée par la Commission. Dans une lettre datée du 29 janvier 2002, les autorités françaises font toutefois référence à plusieurs études internes de nature à démontrer que des sites alternatifs avaient été envisagés (par exemple, l'analyse réalisée en octobre 1998 afin de comparer les usines de Dagenham, de Cologne et de Valence ou encore la décision de début 2000 faisant de Dagenham et de Douvrin les deux sites d'implantation viables pour le projet).

⁽²⁾ JO C 279 du 15.9.1997 et JO C 258 du 9.9.2000, p. 6.

24. Deuxièmement, la présentation des trois usines Ford en tant que sites alternatifs pose problème dans la mesure où ces usines sont détenues à 100 % par le groupe Ford, ce qui en fait des solutions très différentes par rapport au site FM de Douvrin, lequel est une entité «indépendante» détenue en commun par PSA et Renault. Dans le scénario notifié, FM fait fonction de sous-traitant pour la production des moteurs développés par PSA et Ford. La société est donc rémunérée sur la base du nombre de moteurs fabriqués. La Commission s'interroge sur les arrangements qui auraient été conclus entre Ford et PSA si les moteurs avaient été produits dans une usine Ford et non pas dans une entreprise commune Ford-PSA.
25. Troisièmement, les autorités françaises affirment que Valence comptait au nombre des sites alternatifs dans le cadre de l'étude relative au projet. La Commission souhaiterait obtenir des précisions spécifiques sur la question de savoir si Valence aurait été en mesure d'accueillir le projet de production de moteurs compte tenu des investissements qui y ont été réalisés récemment pour la production d'autres types de moteurs ⁽³⁾.
26. Quatrièmement, la Commission a des doutes quant à la chronologie de la décision d'implanter le projet à Douvrin, en particulier en ce qui concerne les contacts entre PSA-Ford et les autorités françaises avant la décision finale de la société d'implanter le projet sur le site français.
27. Enfin, et en liaison avec ce qui précède, il n'est pas établi de façon certaine que les sites alternatifs aient sérieusement été pris en considération. Un communiqué de presse publié par PSA le 29 septembre 1998 pour annoncer l'accord de coopération avec Ford précise sans ambiguïté que le projet sera réalisé sur le site de Douvrin, sans indiquer que des sites alternatifs étaient alors encore envisagés ⁽⁴⁾.
- S'il est logique et conforme à la pratique courante que, au nombre des conditions fixées au moment de la signature d'un accord aussi important, il y ait eu un accord sur l'emplacement du site de production, cela montre aussi que la décision de ne pas choisir l'un des trois sites alternatifs avait déjà été prise avant septembre 1998, soit donc bien avant que d'aide ne soit demandée à la fin de 1999.
28. Les aides régionales poursuivant des objectifs de modernisation et de rationalisation, qui ne sont généralement pas mobiles, ne sont pas autorisées dans le secteur automobile. Cependant, une extension ou une transformation entraînant un changement radical des structures de production sur le site existant pourrait bénéficier d'une aide à finalité régionale. La Commission a des doutes quant à la qualification qu'il s'agissait d'un projet d'extension (ce qui suppose des machines et des équipements complètement neufs) ou d'un projet de transformation. En outre, la Commission doit vérifier que le projet envisagé n'inclut pas d'éléments de modernisation, laquelle ne peut absolument pas bénéficier d'une aide quelconque.
29. Selon le point 3.2 c) de l'encadrement, la Commission s'assure que la mesure d'aide prévue est proportionnée aux problèmes régionaux qu'elle doit contribuer à résoudre. Pour cela, la méthode de l'analyse coûts/bénéfices (ci-après dénommée «l'ACB») est utilisée.
30. Dans une lettre du 1^{er} octobre 2001, les autorités françaises affirment ne pas juger nécessaire de procéder à une ACB en l'espèce, en application du point 3.2 c) de l'encadrement. Selon l'encadrement, l'ACB n'est pas requise par la Commission si l'intensité des aides régionales envisagées est inférieure ou égale à 20 % du plafond régional et dans la mesure où les cartes régionales pour la période 2000-2006 prévoient des plafonds plus bas que les cartes en vigueur pour les années 1994-1999. La Commission observe toutefois que, même si le plafond pour la région de Douvrin est effectivement supérieur avec les nouvelles cartes (20 %) qu'avec les anciennes (15 %), une analyse coûts/bénéfices est nécessaire si l'intensité de l'aide régionale envisagée dépasse 10 % du plafond régional. Aussi la Commission estime-t-elle qu'une ACB ne serait pas nécessaire afin de prouver la proportionnalité de l'aide si l'intensité d'aide est inférieure à 10 % du plafond régional. La Commission note que la France n'a pas communiqué d'ACB comparant les coûts de l'implantation à Douvrin et ceux d'une implantation dans les sites alternatifs indiqués.
31. La Commission observe que les informations transmises à ce jour ne suffisent pas pour calculer l'intensité d'aide du projet, en particulier en ce qui concerne les coûts admissibles.
32. Premièrement, la Commission observe que, alors même qu'elle a demandé à recevoir une présentation détaillée des coûts considérés par les autorités françaises comme admissibles, aucune ventilation ne lui a été communiquée. De même, alors que la Commission a demandé à obtenir une présentation complète ventilant les investissements de la rubrique «outillage des fournisseurs» (en indiquant le type d'investissement, le lieu d'implantation, le nom du fournisseur et le montant des investissements respectifs), seul le montant global de ces coûts lui a été communiqué, sans qu'il soit précisé si ces coûts avaient été inclus ou non dans la base des coûts admissibles. Par conséquent, la Commission doute si tous ces aspects ont été pris en compte.

⁽³⁾ À savoir des investissements relatifs à la production de moteurs I4 à Valence et à la concentration des moteurs Zetec.

⁽⁴⁾ «Jean-Martin Folz, président de PSA Peugeot Citroën, et Jacques Nasser, président de Ford Automotive Operations, viennent de décider de développer en coopération une nouvelle famille de petits moteurs diesel. Les deux constructeurs réuniront leurs moyens pour développer une famille de moteurs de petite cylindrée dotée des meilleures technologies diesel en particulier l'injection directe common rail. Afin d'atteindre les très ambitieux objectifs de faible émission de CO₂ que se sont fixés les constructeurs européens, cette nouvelle génération de moteurs sera particulièrement efficace en émission, en consommation comme en performance, tout en améliorant l'agrément de conduite. L'équipe-projet chargée du développement de ces moteurs sera basée au centre d'études de PSA Peugeot Citroën à la Garenne-Colombes avec un objectif de développement en 2,5 ans. Le moteur sera produit dans l'usine de Douvrin où il succédera à la gamme de moteurs TUD, qui équipent actuellement les Peugeot 106 et Citroën Saxo. Les deux partenaires partageront l'ensemble des coûts qui sont estimés à environ 2 milliards de francs.»

33. Deuxièmement, tandis que FM est le demandeur et le bénéficiaire de l'aide, les autorités françaises ont confirmé que c'est bien PSA qui est propriétaire des nouveaux investissements d'un montant de 297,8 millions d'euros qui seront réalisés à FM sous les rubriques «usine et machines» et «équipement» spécialisé. FM sera propriétaire des investissements qu'elle effectuera dans les bâtiments prévus pour le projet, d'un montant évalué à 12,7 millions d'euros. Aussi la Commission doute-t-elle que les investissements d'un montant de 297,8 millions d'euros prévus par PSA, qui correspondent à ces deux catégories, puissent être pris en considération pour la détermination de la base des «coûts admissibles». La Commission a par conséquent des doutes concernant l'identité du bénéficiaire de l'aide et de la société qui supporte les coûts de l'investissement, afin de déterminer si l'aide est proportionnée aux investissements.
34. Troisièmement, la Commission note que le montant des investissements jugés admissibles n'est pas le même dans la lettre de notification (281,1 millions d'euros) et dans les documents d'accompagnement (329,1 millions d'euros). La Commission doute que seuls les coûts admissibles aient été pris en considération dans les documents d'accompagnement et dans le calcul de l'intensité d'aide et, partant, que l'intensité de 1,95 % qui y est indiquée soit correcte.
35. Afin d'éclaircir ce point, la Commission a besoin d'éléments d'information supplémentaires concernant le montant exact des coûts admissibles et le calendrier y relatif.
- #### 4. DÉCISION
36. Compte tenu des considérations qui précèdent, la Commission, agissant dans le cadre de la procédure prévue à l'article 88, paragraphe 2, du traité CE, enjoint à la France de lui fournir dans un délai d'un mois à compter de la réception de la présente tous les documents, informations et données nécessaires pour apprécier la compatibilité de l'aide. À défaut, la Commission adoptera une décision sur la base des éléments dont elle dispose.
37. La Commission demande à vos autorités de transmettre immédiatement une copie de la présente lettre au destinataire potentiel de l'aide.
38. La Commission souhaite rappeler à la France que l'article 88, paragraphe 3, du traité CE a un effet suspensif, et attire votre attention sur l'article 14 du règlement (CE) n° 659/1999 du Conseil, qui dispose que toute aide illégale peut être récupérée auprès de son bénéficiaire.“
-

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Aufruf zur Einreichung von Anträgen auf finanzielle Unterstützung der Tätigkeiten europäischer Verbraucherorganisationen im Jahr 2003 gemäss Artikel 2 Buchstabe b) des Beschlusses Nr. 283/1999/EG

(2002/C 102/16)

1. Einleitung

1.1 Europäische Verbraucherorganisationen werden mit diesem Aufruf gemäß Artikel 2 Buchstabe b) des Beschlusses Nr. 283/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 1999 über einen allgemeinen Rahmen für Gemeinschaftstätigkeiten zugunsten der Verbraucher gebeten, Anträge auf finanzielle Unterstützung einzureichen.

1.2 Eine finanzielle Unterstützung kann europäischen Verbraucherorganisationen für in ihrem jährlichen Programm geplante Tätigkeiten zur Förderung der Verbraucherinteressen auf europäischer Ebene gewährt werden, wenn sie den in den Punkten 2 und 3 dieses Aufrufs genannten Voraussetzungen und Kriterien entsprechen.

1.3 Die Organisationen, die den Antrag stellen, müssen nachweisen dass ihr Arbeitsprogramm zu den politischen Zielsetzungen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Verbraucherpolitik und des Gesundheitsschutzes steht. Die Organisationen sollten ausführlich ihre im Jahr 2003 geplanten Tätigkeiten und die dafür vorgesehenen Betriebsausgaben erläutern. Die Entscheidung über die Gewährung eines Zuschusses wird auf der Grundlage dieser Angaben getroffen.

1.4 Bei der Entscheidung über die Gewährung eines Zuschusses für die im jährlichen Programm geplanten Tätigkeiten europäischer Verbraucherorganisationen wird die Kommission von einem beratenden Ausschuss unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt (vgl. Artikel 9 des Beschlusses Nr. 283/1999/EG).

2. Voraussetzungen für eine finanzielle Unterstützung europäischer Verbraucherorganisationen

2.1 Den europäischen Verbraucherorganisationen fällt eine wesentliche Rolle bei der Vertretung, Förderung und Wahrung der Verbraucherinteressen auf Gemeinschaftsebene zu, da diese Organisationen für die Evaluierung und praktische Umsetzung der Politik zugunsten der Verbraucher privilegierte Partner der Gemeinschaft sind.

2.2 Nach dem Beschluss Nr. 283/1999/EG kann europäischen Verbraucherorganisationen eine finanzielle Unterstützung gewährt werden, die

— Nichtregierungsorganisationen ohne Erwerbszweck sind, deren wichtigste Ziele die Förderung und der Schutz der Interessen der Verbraucher und ihrer Gesundheit sind, und

— von nationalen Organisationen aus mindestens der Hälfte der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft — die gemäß einzelstaatlichen Regelungen oder Gepflogenheiten die Verbraucher repräsentieren und auf nationaler oder regionaler Ebene tätig sind — beauftragt worden sind, die Interessen der Verbraucher auf europäischer Ebene zu vertreten.

2.3 Europäische Verbraucherorganisationen, die die Voraussetzungen und Kriterien dieses Aufrufs erfüllen, können somit ihre jährlichen Aktionspläne im Hinblick auf Gewährung einer speziellen Finanzbeihilfe nur zur Deckung der ganz oder teilweise im Rahmen der vorgelegten Aktionspläne anfallenden Betriebskosten einreichen, soweit die betreffenden Maßnahmen ausschließlich im Zusammenhang mit der Gemeinschaftspolitik zugunsten der Verbraucher durchgeführt werden.

2.4 Im übrigen darf die finanzielle Unterstützung grundsätzlich 50 % der für die Durchführung der zuschussfähigen Tätigkeiten anfallenden Kosten nicht überschreiten.

3. Beurteilungskriterien

3.1 Eine finanzielle Unterstützung wird europäischen Verbraucherorganisationen aufgrund folgender Beurteilungskriterien gewährt:

— zufrieden stellende Kosten/Nutzen-Relation;

— zusätzlicher Nutzen, der ein hohes und gleichmäßiges Niveau der Vertretung der Verbraucherinteressen sichert;

— dauerhafte Multiplikatorwirkung auf nationaler oder europäischer Ebene;

— wirksame und ausgewogene Kooperation zwischen den einzelnen Partnern bei der Planung und Durchführung der Tätigkeiten und bei der finanziellen Beteiligung;

— Aufbau einer dauerhaften transnationalen Kooperation, insbesondere durch den Austausch von Erfahrungen zur Sensibilisierung der Verbraucher und der Wirtschaftsakteure sowie durch die gemeinsame Nutzung der Ergebnisse;

- weitestmögliche Verbreitung der Ergebnisse aus den geförderten Tätigkeiten und Vorhaben;
- Befähigung zur Analyse der zu erfassenden Sachverhalte, die für die Evaluierung der Tätigkeiten und Vorhaben vorgesehenen Mittel und ihre Eignung als vorbildliche Lösungen.

4. Antragstellung

- 4.1 Das vorgeschriebene Antragsformular ist in elektronischer Form unter folgender Internet-Adresse abrufbar:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_en.htm

Antragsformulare können ferner bei der in Punkt 4.4 angegebenen Anschrift angefordert werden.

- 4.2 Sämtliche für den jeweiligen Antrag erforderlichen Unterlagen sind in dreifacher Ausfertigung bei der in Punkt 4.4 angegebenen Anschrift einzureichen.
- 4.3 Der Antrag ist in einer der Amtssprachen der Europäischen Union abzufassen.
- 4.4 Die Anträge sind einzureichen bei:
Europäische Kommission
GD Gesundheit und Verbraucherschutz
B 232 — 5/74
B-1049 Brüssel.
- 4.5 Der Antrag ist spätestens **bis zum 1. Juli 2002** abzusenden (maßgeblich ist das Datum des Poststempels). Vorschläge, die über einen Kurierdienst zugestellt oder persönlich eingereicht werden, müssen spätestens am 1. Juli 2002 um 17.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) eingehen.

- 4.6 Anträge, aus denen die vorhin aufgeführten Angaben nicht hervorgehen, können abgelehnt werden.

5. Auswahl und Genehmigung

- 5.1 Die Gewährung eines Zuschusses erfolgt vorbehaltlich der Entscheidung der Haushaltsbehörde über die Bereitstellung entsprechender Mittel.
- 5.2 Innerhalb der auf diesen Aufruf folgenden fünf Monate wählt die Kommission, die gemäß Artikel 9 des Beschlusses 283/1999/EG vom Beratenden Ausschuss unterstützt wird, nach einer Auswertung der eingegangenen Anträge auf der Grundlage der in dieser Bekanntmachung angegebenen Kriterien und Voraussetzungen und insbesondere unter dem Gesichtspunkt, inwieweit das Arbeitsprogramm der antragstellenden Organisation den politischen Prioritäten der Kommission entspricht, diejenigen Organisationen aus, die in diesem Jahr eine finanzielle Unterstützung erhalten können. Aufgrund der entsprechenden Entscheidung der Kommission wird mit den Zuschussempfängern, die für die Durchführung verantwortlich sind, ein Vertrag über die Rechte und Pflichten der Parteien geschlossen.
- 5.3 Jeder Antragsteller wird schriftlich darüber informiert, wie über seine(n) Antrag (Anträge) entschieden wurde.
- 5.4 Das Verzeichnis der Zuschussempfänger und der im Anschluss an diesen Aufruf bezuschussten Tätigkeiten mit Angabe der Höhe des Zuschusses wird von der Kommission im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* veröffentlicht. Die Kommission kann auch beschließen, die Tätigkeitsprogramme der europäischen Verbraucherorganisationen, denen eine finanzielle Unterstützung gewährt wird, zu veröffentlichen.

Begleitmaßnahmen im Rahmen des LIFE-Programms (LIFE-Natur): „Starter“ und „Co-op“ — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

(2002/C 102/17)

1. In Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b) Ziffern i) und ii) der LIFE-Verordnung (EG) Nr. 1655/2000 ist die Möglichkeit zur Finanzierung besonderer Maßnahmen vorgesehen, nämlich von „Starter-“ und „Co-op“-Maßnahmen.
2. Vorschläge für „Starter“-Maßnahmen müssen als einziges Ziel die Vorbereitung von LIFE-Natur-Vorhaben mit Partnern aus mehr als einem Mitgliedstaat und/oder mit LIFE assoziiertem Beitrittsland haben.
3. Vorschläge für „Co-op“-Maßnahmen müssen ausschließlich auf die Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen einzelnen LIFE-Natur-Vorhaben abzielen.
4. Mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sollen Projekte ausfindig gemacht werden, die von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Umwelt (GD ENV) gefördert werden können. Die finanzielle Unterstützung erfolgt in Form einer Kofinanzierung.
5. Die GD ENV beabsichtigt, im Jahr 2002 zwischen 10 und 15 „Starter-“ und 5 „Co-op“-Vorhaben zu unterstützen. Für 2002 stehen vorläufige Haushaltsmittel in Höhe von 600 000 EUR ⁽¹⁾ zur Verfügung. Der Gemeinschaftszuschuss darf 100 % der bezuschussbaren Kosten (siehe Antragsunterlagen) nicht übersteigen.
6. Die Antragsunterlagen mit allen technischen und finanziellen Einzelheiten sowie die Antragsformulare können von folgender Internet-Adresse heruntergeladen werden:

<http://europa.eu.int/comm/life/nature/index.htm>

Sie können auch schriftlich angefordert werden bei:

Europäische Kommission
Herr Bruno Julien
GD ENV.D.1 — Büro: BU-9 2/1
B-1049 Brüssel
Fax: (32-2) 296 95 56.

7. Der vollständige Vorschlag ist bis zum **25. Juni 2002** per Einschreiben oder per Kurierdienst an die in den Antragsunterlagen genannten Anschriften zu senden oder persönlich dort abzuliefern. Als Nachweise gelten das Datum des Poststempels, das Datum der Abholung durch den Kurier oder der von dem dazu ermächtigten Beamten datierte und unterzeichnete Empfangsbeleg. Die Einreichung per Fax oder elektronische Post, unvollständige Unterlagen oder in mehreren Teilen übersandte Unterlagen werden nicht akzeptiert. Fristgerecht abgesandte, aber bei der Kommission erst nach dem **8. Juli 2002** eingegangene Vorschläge gelten als nicht zulässig. Es obliegt dem Antragsteller, alles zu tun, damit diese Frist eingehalten wird.

⁽¹⁾ Da dieser Betrag noch nicht bestätigt ist, behält sich die GD ENV das Recht vor, diese Aufforderung ganz oder teilweise zu annullieren, falls die benötigten Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

für die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (Verhütung von Folter und Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern), veröffentlicht von der Europäischen Kommission

(2002/C 102/18)

1. Aufforderungskennnummer:

EuropeAid/113823/C/G.

2. Programm und Finanzierungsquelle:

Hauptziel der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) ⁽¹⁾, die auf Initiative des Europäischen Parlaments 1994 ins Leben gerufen wurde, ist die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Konfliktverhütung in Drittstaaten ⁽²⁾ durch die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen, die diesen Zielen dienen. Ein Bericht über die zwischen 1996 und 1999 im Rahmen der EIDM finanzierten Projekte ist auf folgender Internetseite zu finden: http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/ddh/documents_en.htm

3. Tätigkeitsfelder, geografisches Zielgebiet, Projektdauer:

a) Im Mai 2001 verabschiedete die Kommission eine Mitteilung ⁽³⁾ über die Rolle der EU bei der Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung in Drittländern. Darin legte die Kommission Schwerpunktbereiche fest, für die 2002 vier Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen erfolgen werden:

— Unterstützung zur Abschaffung der Todesstrafe;

i) Verhinderung von Folter und ii) Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern;

— Kampf gegen Straffreiheit und Förderung einer internationalen Gerichtsbarkeit, insbesondere durch Unterstützung der Arbeit der internationalen Gerichte sowie der Gründung und Funktionsfähigkeit eines Internationalen Strafgerichtshofs;

i) Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit (durch Umsetzung von Teilen des auf der UN-Konferenz gegen Rassismus 2001 beschlossenen Aktionsplans) und ii) Bekämpfung der Diskriminierung ethnischer Minderheiten und autochthoner Völker.

Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen betrifft die Verhütung von Folter und die Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern.

b) Geografisches Zielgebiet: Die Maßnahmen können überall auf der Welt stattfinden.

c) Maximale Projektdauer: 36 Monate.

Weitere Einzelheiten finden Sie in dem unter Punkt 12 genannten „Leitfaden für Antragsteller“.

4. Im Rahmen dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen verfügbarer Gesamtbetrag:

Für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen steht ein Richtbetrag von insgesamt 25 Mio. EUR zur Verfügung.

5. Zuschussobergrenzen und -untergrenzen:

i) Für Aktivitäten mit dem Ziel der Verhütung von Folter:

a) Mindestzuschuss je Projekt: 300 000 EUR,

b) maximaler Zuschuss je Projekt: 1 500 000 EUR,

c) Höchstanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 80 %,

d) Mindestanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 50 %.

ii) Für Aktivitäten zur Unterstützung der Rehabilitation von Folteropfern:

1. Für Zentren innerhalb der Europäischen Union:

a) Mindestzuschuss: 250 000 EUR,

b) maximaler Zuschuss: 1 500 000 EUR,

c) Höchstanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 50 %.

2. Für Zentren außerhalb der Europäischen Union:

a) Mindestzuschuss: 200 000 EUR,

b) maximaler Zuschuss: 1 500 000 EUR,

c) Höchstanteil der von der Finanzierung durch die Gemeinschaft gedeckten Projektkosten: 75 %.

⁽¹⁾ Die EIDHR beruht auf den Verordnungen (EG) Nr. 975/1999 und (EG) Nr. 976/1999 des Rates vom 29. April 1999 (ABl. L 120 vom 8.5.1999).

⁽²⁾ Das heißt Länder außerhalb der Europäischen Union.

⁽³⁾ KOM(2001) 252 endg.

6. **Höchstzahl der zu gewährenden Zuschüsse:**
100.
7. **Förderfähigkeit: Wer kann Vorschläge einreichen?**
Die Antragsteller sind Einrichtungen ohne Erwerbszweck, Nichtregierungsorganisationen ⁽¹⁾ und Hochschuleinrichtungen, die im Regelfall ihren Hauptsitz in der Europäischen Union oder in einem Empfängerland haben.
8. **Vorläufiger Termin für die Bekanntgabe der Ergebnisse des Vergabeverfahrens:**
November 2002.
9. **Vergabekriterien:**
Siehe Abschnitt 2.3 in dem unter Punkt 12 genannten „Leitfaden für Antragsteller“.
10. **Antragsformular und erforderliche Angaben:**
Anträge sind unter Verwendung des **Standardformulars** einzureichen, das dem „Leitfaden für Antragsteller“ (siehe Nummer 12) beigelegt ist und dessen Format und Anweisungen strikt einzuhalten sind. Der Antragsteller muss für jeden Antrag **das unterzeichnete Original, drei Kopien** sowie eine Fassung in elektronischer Form (3 1/2-Diskette) einreichen.
11. **Antragsfrist:**
Montag, 29. Juli 2002, 16.00 MEZ.
Anträge, die nach diesem Termin bei der Europäischen Kommission eingehen, werden nicht berücksichtigt.
12. **Ausführliche Informationen:**
Weitere Informationen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sind dem „Leitfaden für Antragsteller“ zu entnehmen, der zusammen mit dieser Bekanntmachung auf der EuropeAid-Website veröffentlicht wird:
http://europa.eu.int/comm/europeaid/index_en.htm
Fragen zu dieser Aufforderung sollten per E-Mail unter Angabe der Bezugsnummer (siehe Punkt 1) an folgende Adresse gerichtet werden:
EuropeAid-TORT@cec.eu.int
Es wird allen Antragstellern empfohlen, die genannte Website während der Einreichungsfrist regelmäßig zu besuchen, weil die Kommission dort häufig gestellte Fragen und deren Antworten veröffentlicht.

⁽¹⁾ Das heißt keine subnationalen, nationalen oder internationalen Regierungsorganisationen oder Institutionen, die von solchen Organisationen kontrolliert werden. Ob bei einer antragstellenden Institution davon auszugehen ist, dass sie tatsächlich von einer solchen Organisation kontrolliert wird, hängt davon ab, inwieweit die antragstellende Institution nachweisen kann, dass sie in Bezug auf Entscheidungsfindung, Finanzkontrolle und Personalpolitik (einschließlich der Ernennung der Mitglieder des entsprechenden Aufsichtsgremiums) vom Staat unabhängig ist.